

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die Arbeitslosigkeit.

Ein Bild, in welchem Maße unser Beruf von der Arbeitslosigkeit heimgesucht wird, gibt unseren Kollegen die der heutigen Nummer beiliegende Jahresstatistik über Arbeitslosigkeit und Krankheit, die vom Vorstand ausgearbeitet wurde. Da ist es angebracht, einmal im allgemeinen auf die Arbeitslosigkeit von früher und jetzt hinzuweisen. Der große Unterschied zwischen einst und jetzt liegt nach dem „Desterr. Metallarbeiter“, der in einem interessanten Artikel dieses Thema behandelt, darin, daß in früheren Zeiten die Arbeitslosigkeit zur Ursache den Mangel an Rohmaterial und an Nahrungsmittel für die Arbeiter hatte, während die heutige Arbeitslosigkeit dem Ueberfluß an Beiden entspringt. — Die Arbeitslosen früherer Jahrhunderte waren, heißt es weiter, ebenso wie im alten Rom Plebejer oder Lumpenproletarier, die auf Kosten der Gesamtheit erhalten werden mußten, oder verarmte und belasserte Kleinbürger, die infolge mannigfacher elementarer wie sozialer Ursachen in Not geraten waren, wie im Mittelalter. Die heutigen Arbeiter dagegen sind „freie“ Arbeiter, die heute Not leiden müssen, weil sie gestern zu viel produziert haben. Das ist der zweite Unterschied zwischen einst und jetzt.

In früheren Zeitepochen suchte man der durch Arbeitslosigkeit entstandenen Not durch Gratisverteilung von Brotscheiben, durch Brot und Spiele zu steuern, wie im alten Rom, oder durch Ablenkung nach außen, indem man Kriege und Fehden herbeiführte oder Kreuzzüge unternahm.

Die Not der heutigen Arbeitslosigkeit kann durch dergleichen Mittel nicht beseitigt werden, weil sie auf zu weite Gebiete sich erstreckt und die Arbeitslosen weder durch Brot und Spiele, noch durch Fehden und Kriege zu befriedigen sind; ganz abgesehen davon, daß die heutige Kulturstufe der menschlichen Gesellschaft derlei Versuche, das Uebel zu heilen, von vornweg ausschließen muß. Im Altertum wie im Mittelalter konnte die Arbeitslosigkeit nie solche Dimensionen annehmen, wie in der Zeit der modernen Großindustrie, aber dort, wo sie infolge der Einführung der Sklavenarbeit bedrohliche Formen annahm, da führte sie früher oder später zum Untergang des Gemeinwesens. In Griechenland wie in Rom trugen das proletarisierte Kleinbürgertum und die verbummelten städtischen Existenzen, die, um leben zu können, jedem Tyrannen sich zur Verfügung stellten, nicht wenig zum Untergang dieser mächtigsten Staatengebilde der alten Welt bei. Was heute infolge der Arbeitslosigkeit untergehen kann, das ist nicht das Gemeinwesen, sondern die Gesellschaftsordnung.

Im Mittelalter waren alle Menschen „organisiert“, d. h., sie mußten irgendwohin, irgendwem angehören: der Bauer dem Grundherrn, dieser dem König oder dem Lehnsherrn, der städtische Kleinbürger und der Arbeiter der Zunft. Jeder Mensch, der keiner der damals bestandenen sozialen Organisationen angehörte, war „herrenlos“, mit ihm wurde kurzer Prozeß gemacht: Gefängnis, Pranger und Auspeitschung waren sein Schicksal. Aber mit der Zeit vermehrten sich die „Herrenlosen“ in einer Weise, daß sie die mittelalterlichen Organisationen zu sprengen drohten und schließlich sie auch sprengten. Die Bauernkriege und die Kämpfe der Bergknappen gegen die Gewerke erschütterten in einer Art die alte Organisation der Gesellschaft, daß es später nur eines leisen Windhauches bedurfte, um sie zum Sturze zu bringen.

Ihre eigentliche soziale Bedeutung erlangte die Arbeitslosigkeit, wie gesagt, erst in der Neuzeit. In England, wo die moderne Industrie sich zuerst entwickelte, trieb sie mit einem Mal Tausende Existenzen dem „Bagabundentum“ zu. In Verbindung mit der Entdeckung Amerikas stieg die Nachfrage nach Wolle, welche durch die Entwicklung der Tuchfabrikation ein viel begehrter Artikel wurde. Das rasche Steigen der Wollpreise machte es den Grundherrn rentabler, Schafe zu halten, als Landbau zu treiben. Ein einziger Schafhirt genügte jetzt auf einem Landstrich, zu dessen Befestigung früher zahlreiche Bauern erforderlich waren. In derselben Zeit war es, als der erste Sozialist, der große Thomas Morus, darüber klagte, daß „die Schafe, die sonst so sanft und genügsam waren, nun zu gierig reißenden

Bestien geworden sind, als sie selbst Menschen verschlingen und ganze Felder, Häuser und Gemeinden verzehren und entwöltern“. Unter Heinrich VIII. wurden (vom Jahre 1509 bis 1547) ca. 50 000 hörige Bauern durch Schafe verdrängt von der Scholle, auf der sie geboren wurden und groß geworden, betrieben und in „freie Proletarier“ verwandelt. Sie zogen teils in die Städte, um sich in den Gewerken als Arbeiter zu verbinden, teils fanden sie auch hier kein Unterkommen und wurden so zu Bettlern und „Dieben“. Die „Diebe“ wurden ohne weiteres gehängt; es sollen unter Heinrich VIII. nicht weniger als 72 000 solcher „Diebe“ dem Galgen überliefert worden sein. Das Los der „Bagabunden“ war nicht viel besser, denn gegen sie wurde eine furchtbare Blutgesetzegebung inszeniert. „Sie wurden“, sagt Marx, „zunächst geächtet für die ihnen angetane Verwundung in Bagabunden und Pauperis. Die Gesetzgebung behandelte sie als „freiwillige“ Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhängt, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten. . . Alle, arbeitsunfähige Bettler, hieß es in einer Verordnung, erhalten eine Bettellizenz. Dagegen Auspeitschung und Einsperrung für handfeste Bagabunden. Sie sollen an einen Karren hinten angehängt und gepeitscht werden, bis das Blut von ihrem Körper strömt, dann einen Eid schwören, zu ihrem Geburtsplatz oder dorthin, wo sie die letzten drei Jahre gewohnt, zurückzukehren und sich an die Arbeit zu begeben.“

Welch grausame Fronte! Nachdem man sie mit Gewalt von ihrem Grund und Boden vertrieben hatte, sollten sie nun dorthin, wo sie nichts mehr hatten, zurückkehren und sich „an die Arbeit machen“. Dann heißt es weiter: „Bei zweiter Ergreifung auf Bagabundage, soll die Auspeitschung wiederholt und das halbe Ohr abgeschnitten, beim dritten Rückfall aber der Betroffene als schwerer Verbrecher und Feind des Gemeinwesens hingerichtet werden.“ Das war auch so eine Art, die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen!

Wenn auch nicht durch die gleichen, so doch durch ähnliche Ursachen, wurden in allen anderen Ländern „Bagabunden“ und „Bettler“ geschaffen. Der Bagabundage und Landstreicherei suchte man überall in der gleichen Weise abzuhelfen, wie in England: Armenordnung, Arbeitshäuser, Veranstaltung von Notarbeiten und — die Peitsche. So wurden in Frankreich noch im Jahre 1777 jedem arbeitsfähigen Manne, der sich ernähren konnte und sechs Monate lang keine Arbeit hatte, Galeensstrafe angedroht. Am anderen Ende des zivilisierten Europa — in Polen — galt die Verordnung: „Bettler, Männer sowohl wie Weiber, müssen über ihre Verkrüppelung oder Unfähigkeit zur Arbeit ein ärztliches Zeugnis beibringen; wer aber ein solches nicht hat und zur Arbeit tauglich ist, den soll die Polizei aufgreifen, daß bei ihm vorgeschundene Geld ihm abnehmen, ihn vier Wochen gefangen setzen und zu öffentlichen Arbeiten verwenden und ihm alle Freitage 50 Rutenhiebe aufzählen lassen.“ Ein Ueberrest von dieser Idylle ist das österr. Bagabundengesetz.

Nach diesem Gesetz vom 24. Mai 1885 gilt als Landstreicher, „wer geschäfts- und arbeitslos umherzieht und nicht nachzuweisen vermag, daß er die Mittel zu seinem Unterhalte besitze und redlich zu erwerben suche“. Nach dem Gesetze vom 27. Juli 1871 steht der Gemeinde das Recht der Abschiebung zu: a) gegen Landstreicher und sonstige arbeitsfähige Personen, welche die öffentliche Müßiggang in Anspruch nehmen; b) gegen ausweis- und bestimmungslose Individuen, welche kein Einkommen und keinen erlaubten Erwerb nachweisen können.“ Es fehlt nur noch die Auspeitschung und der Galgen. Wenn diese Mittel heute nicht mehr angewendet werden, so ist das wahrlich nicht den Gesetzgebern zu danken, sondern dem humaneren Geist und dem Fortschritt der menschlichen Gestaltung.

Schon hier zeigt sich, wie mit dem Fortschritt der Industrie eng verbunden die Arbeitslosigkeit ist. Wenn im 16. Jahrhundert Bauern durch Schafe, so wurden sie später durch das Wild vertrieben. In den Alpengebirgen werden heute noch weite Gebiete, die früher von Hunderten von Bauern bewohnt waren, in Jagdreviere verwandelt, (das bekannte „Bauernlegen“) nachdem die Bauern um einen

Pappenstiel ihre Parzelle verkauft haben. Andererseits werden Tausende Kleinmeister und Arbeiter durch die Maschine verdrängt. Seit dem 16. Jahrhundert verschwindet die Arbeitslosigkeit nicht mehr von der Tagesordnung; sie hat bis jetzt aller Anstrengung zu ihrer Beseitigung gespottet, und je großartiger Gewerbe und Industrie sich entwickelten desto drückender wird die Arbeitslosigkeit.

Vor dem Ausbruch der französischen Revolution hatte die Arbeitslosigkeit bereits große Dimensionen angenommen. Die Zünfte hatten sich immer mehr zu geschlossenen Klippen herausgebildet, in welchen die Vetterwirtschaft florierte; Tausende arbeitsfähiger und arbeitslustiger Männer fanden in ihnen keine Unterkunft. Diese von den Zünften ausgeschlossenen Proletarier waren nicht zum wenigsten das treibende Element in der großen Revolution. Das Ideal der Revolution war ja die bekannte Phrase des Liberalismus vom „freien Spiel der Kräfte“. Wenn erst jeder sich entsprechend seiner Fähigkeiten betätigen könne, werde es bald gar keine Arbeitslosen mehr geben! Auf diese Art wurde die Notwendigkeit der Gewerbefreiheit begründet. Nun, wir wissen heute zur Genüge, daß das „freie Spiel der Kräfte“, daß die Gewerbefreiheit die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt schafft; diese erhebt heute drohender denn je ihr Haupt.

Zu der Arbeitslosigkeit, die infolge Ueberflüssigmachung von Arbeitern durch die Maschinen entsteht, gesellt sich die Arbeitslosigkeit, die durch die Handelskrisen hervorgerufen wird. Die Krisen haben sich bis jetzt so ziemlich alle zehn Jahre wiederholt, aber wenn sie früher akut auftraten, so haben sie sich in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr zu chronischen Krisen ausgewachsen, was eine chronische Arbeitslosigkeit hervorrufen muß. Die Folgen der akuten Krisis zeichnet Robertus mit folgenden Worten: „... Ein rasches Sinken aller Waarenpreise, die noch vor kurzem so lohnend waren; eine bis zur Entwertung gehende Wertverminderung der produktiven Vermögen; eine fast allgemeine Unmöglichkeit, eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen; zahllose Bankrotte oder Zahlungsstokungen, zeit- oder teilweise Beschränkung oder Einstellung der Produktion; Brotlosigkeit von Tausenden von Arbeitern — das sind die in rascher Folge und Wechselwirkung sich äußernden Symptome von Erscheinungen, die das Kapital bezimern und dem Arbeiter auch noch seine Lumpen rauben. Wenn dann am Ende solcher Vernichtungsjener die Nationalökonomie ihre Toten zählt, so rechnet sie den Ruin der Kapitalisten nach Millionen Werten und den der Arbeiter nach tausend und aber tausend Familien, die sich niemals wieder in ihren Kellern und unter ihren Dächern aus ihrem Elend aufzuraffen vermögen.“

Man vergegenwärtige sich die Ereignisse, die sich auf dem Weltmarkt seit einem Jahre abspielen, die vielen Bankrotte und die vollständige Stodung der Industrie mit der großen Arbeitslosigkeit im Gefolge, und man wird diese Worte bestätigt finden. Die chronische Krise zeichnet sich dadurch aus, daß sie von einem Industriezweig zum andern springt, bald diesen, bald jenen Platz ergreift und überall ihre dauernden Spuren zurückläßt. Hier hört die Arbeitslosigkeit nie ganz auf.“ —

Jahresbericht der Filiale Frankfurt a. M. für 1902.

Das verflossene Jahr stand wie sein Vorgänger unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Depression. Darunter hatten die Berufscollegen natürlich ganz empfindlich zu leiden. Bereits schon vor Pfingsten gab es allenthalben in den größeren Werkstätten Entlassungen. Von da ab war aber auch eine fortwährende Beunruhigung und Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt eingetreten, denn die Zahl der Arbeitssuchenden überstieg von da ab die der offenen Stellen fortwährend.

Außerlich war das Jahr 1902 für die Filiale ein ziemlich ruhiges, außer der Durchführung der achtstägigen Lohnzahlung, die laut Tarif am 1. Januar 1902 in Kraft treten sollte, aber doch der Tarifkommission wiederholt Veranlassung gab, bei einigen rentitenten Firmen einzugreifen, und den gleichfalls immer wiederkehrenden Versuchen, den Tarif zu umgehen, oder gar zu durchbrechen, da aber in der Regel immer dieselben Firmen sind, bei sich im allgemeinen keine Gelegenheit nach außen, um das allgemeine Interesse zu wecken.

Umso mehr wurden aber die Kräfte der Filiale nach innen ganz besonders angestrengt. Die Agitation war es und vornehmlich die Hausagitation, die außer in Frankfurt in 22

Orten der Umgebung betrieben wurde, die uns ganz intensiv beschäftigte. Der „direkte“ Erfolg durch die Hausagitation war die Aufnahme von 100 neuen Mitgliedern; ist die Zahl der Aufgenommenen entsprechend der Mühe und Opfer nicht besonders befriedigend, so ist nicht zu verkennen, daß durch die Hausagitation die Gesamttagitation überhaupt eine regere wurde.

Versammlungen in den Zahlstellen fanden 10 statt. Außerdem wurden 12 Touren zwecks Einfassung der Beiträge, sowie Kontrollierung der Mitgliedsbücher nach den Zahlstellen unternommen. Werkstättenversammlungen, hauptsächlich für die Lackierer, fanden 6 statt. Die Agitation unter den Lackierern zeigt gleichfalls einen kleinen Erfolg. Zur Zeit gehören 79 Lackierer der Filiale als Mitglieder an.

Von öffentlichen Versammlungen in Frankfurt selbst wurde im letzten Jahre ziemlich Abstand genommen, weil dazu keine ganz besondere Notwendigkeit vorlag und fand diesbezüglich nur eine statt. Mit dem Erfolg, der durch die Agitation im allgemeinen erzielt wurde, können wir zufrieden sein. Die Mitgliederzahl stieg von 602 zu Anfang auf 704 am Schlusse des Jahres. 439 Mitglieder wurden neu aufgenommen, 117 reißten zu, dagegen reißten doppelt so viel, 235, ab; gestrichen wegen restierender Beiträge wurden 201 Mitglieder, immerhin noch eine ganz ansehnliche Zahl, die aber gegen die Vorjahre schon bedeutend im Abnehmen begriffen ist. — Erfreuliche Fortschritte macht die Beitragsleistung. Während im Jahre 1899 nur 69,6 pSt. der Mitglieder die Beiträge voll entrichteten, ist die Beitragsleistung im Jahre 1900 auf 83,6 Prozent, 1901 auf 85,6 pSt. und im Jahre 1902 auf 90 pSt. gestiegen. Von den 704 Mitgliedern hatten am Jahreschlusse 655 voll ihre Beiträge entrichtet. — Auch der finanzielle Abschluß kann als ein guter bezeichnet werden. Die Gesamteinnahmen für Beiträge, Eintrittsgelder, Maimarken usw. betragen 10 511,17 M, die Ausgaben 10 266,26 M; davon wurden 5392,37 M an die Hauptkassse gezahlt, 1228 M für Krankenunterstützung, 13570 M für andre Unternehmungen und 1510,19 M für Verwaltungskosten verausgabt, so daß am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von 244,91 Mark vorhanden war, demgegenüber ist noch ein Schuldtkonto von 60 M bei der Hauptkassse vorhanden. — Die Lokalasse schließt mit einer Einnahme von 1548,30 M und in Ausgabe mit 1491,08 M ab; hieron wurden allein an das Arbeitersekretariat 670 M abgeführt, 418,72 M wurden für die Zeitungstopportage und 219,45 M für Bibliothekszwecke, Reiseunterstützung, sowie sonstige Unterstützungen aus lokalen Mitteln verausgabt. Das Vermögen der Lokalasse betrug am Schlusse des Jahres (inkl. 182,91 M zinstragend angelegt) 240,13 M. — Auf dem Arbeitsnachweis wurden 418 offene Stellen und 604 Gesuche um Arbeit gemeldet. Auf 100 offene Stellen entfallen 166 Arbeitsuchende, im Vorjahre 154,8 und im Jahre 1900: 133 Arbeitsuchende. — Mitglieder-Versammlungen fanden im verflohenen Jahre 24 statt. In 12 Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die Berufs-krankheiten und die Schädlichkeit der Farben, ganz besonders des Bleiweißes bildeten in 2 Versammlungen den Gegenstand eines Vortrages. — An der Malfest nahmen 47 Kollegen gegen 45 im Jahre teil. — Abgeschlossen wurden 3145 Sendungen, eingegangen waren 725 Sendungen. Der Filialvorsitz erlebte die diesseitigen geschäftlichen Obliegenheiten in 26 Sitzungen; ferner nahm er an weiteren 5 gemeinsamen Sitzungen teil. Die Agitationskommission hielt 16 Sitzungen und 3 Konferenzen zur Beratung der Vorbereitungen für die Betreibung der Agitation ab. Das Eintassieren der Beiträge wird zur Zeit von 38 Kollegen besorgt. Das Jahr 1902 war also ein recht arbeitsreiches, aber auch immerhin erfolgreiches. Wenn in diesem Jahre alle Kollegen ihre Kräfte in den Dienst der Organisation stellen und wiederum fleißig an dem Ausbau der Organisation mitwirken, so dürfte es uns auch sicherlich dieses Jahr wieder gelingen, eine Anzahl neue Kämpfer und Mitstreiter für unsere Sache der Organisation zuzuführen.

Lohnbewegung.

In den Werkstätten Aug. Degen jr. und Weber-M. Glabbach sind Kollegen gemäßregelt worden.

Zugung nach M. Glabbach und Rehdit ist streng ferngehalten, ebenso für Lackierer nach Spandau bei Dreiken & Koppel, W. & G.

— In Arnaberg-Buchholz sind die Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Meister alles daransetzen, die Bewegung niederzubrüden, resp. sich sträuben, die Forderungen zu bewilligen, so erluchen wir die Kollegen ein Solidarität. Gefordert wird: 1. 12 pSt. Lohnerhöhung; 2. Regelung der Ablösung bei Landarbeit; 3. Für Ueberstunden 10 % Lohnzuschlag; 4. Unständige Behandlung. Bei den jetzt bestehenden traurigen Verhältnissen dürfte ein Zugung nicht zu erwarten sein, insbesondere, wenn die Kollegen bedenken wollen, daß der Lohn für gelehrte Maler von 24 bis 29 M pro Stunde schwankt; nur in einzelnen Fällen, bei langjähriger Tätigkeit und besonderer Leistungsfähigkeit, wird ein Lohn bis zu 35 M erreicht. Anstreicher erhalten pro Stunde 20 bis 25 M.

Aus unserem Berufe.

+ Den mit großer Sorgfalt ausgearbeiteten Rechen-tafelberichten der Ortskrankenkasse der Maler zu Berlin wird in den weitesten Kreisen seit Jahren große Beachtung geschenkt, und mit Recht, denn die bekannten großen zentralisierten Ortskrankenkassen in Deutschland lassen gerade in bezug auf die Verwertung des statistischen Materials der einzelnen Berufe alles zu wünschen übrig. Im nachfolgenden geben wir einen Auszug der für uns wichtigsten Erkrankungsfälle im Laufe des Jahres 1902 von der Berliner Ortskrankenkasse.

	Fälle	Krankheits-tage	Kurkosten u. Krankengelb
Bleikolik, Bleivergiftung ***	308	9169	15748,50 M
	—	1845	2987,50 "
		11014	18736,— M
Nervenleiden ***	187	6002	10064,— M
	—	1716	2699,— "
		7718	12763,— M
Magen- u. Darmkatarrh ***	92	2208	3706,— M
	—	233	360,50 "
		2441	4066,50 M
Rheumatismus ***	321	7071	11040,50 M
	—	1270	1963,— "
		8341	13003,50 M

*** Es sind dies die vom Jahre 1901 übernommenen Krankheitsstage nach Abschluß der Jahresrechnung. Spezialisierung von Krankengelb und Kurkosten im Jahre 1902, einschließlich der vom Jahre 1901

Übernommenen Krankheitsstage.

	a. Krankengelb	b. Kur- u. Verpfl.-Kosten
Bleikolik, Bleivergiftung	8799	13198,50
Nervenleiden	6532	9798,—
Magen- u. Darmkatarrh	2063	3054,—
Rheumatismus	7849	11773,50
Summa	25216	37824,—

Insgesamt wurden für alle vier Erkrankungsarten 48 569 M Krankengelb und Kur- und Verpflegungskosten ausgezahlt für 29 514 Krankheitsstage.

Es sind hier die baaren Gelber enthalten, denn es fehlen hier die Auslagen des Krankengelbes für die Familienangehörigen, für Arzt und Medizin und hauptsächlich für Milch, die bekanntlich bei diesen Kranken vorzugsweise verordnet wird.

+ Die Bleivergiftungen vor dem Reichstage. Reichstagsabgeordneter Emanuel Wurm, der erst kürzlich in der „Neuen Zeit“ Nr. 18 vom 31. Januar 1903 einen sehr instruktiven Artikel über Bleivergiftungen veröffentlichte und für ein Verbot des Verbrauchs von Bleiweiß eintrat, kam am 7. Februar bei der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern in seiner ausgezeichneten Rede auch auf die Gefahren der Bleiweißvergiftungen zu sprechen und führte u. a. aus: „Besonders hart treffen die gewerblichen Vergiftungen die Arbeiter. Ein Arbeiter, der berufstätig ist, befindet sich in weit traurigeren Lage als der, der beruflich verslummelt wird. Der Berliner Professor Letwin hat sehr dankenswert darauf hingewiesen, wie jene gewerblichen Vergiftungen als Betriebsunfall aufzufassen werden können und müssen. Er sagt, jene Vergiftungen sind nichts weiter als die Summierung kleiner, einzelner plötzlich eintretender Eingriffe von außen. Würde das Reichsversicherungsamt die Vergiftungen so als Unfall auslegen, dann hätten wir heute weit bessere Zustände in unseren Fabriken, als sie bestehen. Heute können wir nur durch separate Gesetze diesen oder jenen Mischstand beseitigen, wie es eben mit der Phosphornekrose geschehen ist. Es gibt aber noch eine ganze Anzahl anderer Krankheiten, gegen die solche Spezialgesetze erlassen werden müssen. Wir hoffen, daß die deutschen Gewerkschaften Veranlassung nehmen werden, einzelne Fälle herauszunehmen, die als Unfälle durchgeklagt werden, um zu zeigen, wie sich die Richter dazu stellen. In dem Kölner Bezirk hat ein Arbeiter eine Bleiweißfabrik auf Grund des § 822 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Entschädigung wegen Bleivergiftung geklagt. Der Prozeß ist noch nicht entschieden. Ebenfalls ist hier der Erfolg sehr zweifelhaft, da nachgemessen werden muß, daß der Unternehmer sich eine strafwürdige Unterlassung hat zu schulden kommen lassen. Bei einer Klage auf Grund des Unfallsatzes wäre dieser Nachweis zu erbringen. Bei Gelegenheit dieses Falles will ich überhaupt kurz auf die Bleivergiftungen eingehen. Angesichts der sich immer mehr häufenden Bleivergiftungen müssen wir ein Verbot der Herstellung von Bleiweiß verlangen. Die Unternehmer behaupten dagegen erstens, die Zahl der Vergiftungen durch Bleiweiß sei nicht so groß, und zweitens gäbe es keinen Ersatz für das Bleiweiß. In erster Hinsicht ist zu bemerken, daß die Bleiweißvergiftung oft erst nach Jahren eintritt und dann häufig als solche nicht von dem Krankenarzt erkannt wird, da sie mit vielen anderen Krankheiten Ähnlichkeit hat. Erst wenn das entzündliche Bauchgitter ausbricht, weiß man sicher, daß es sich um Bleikolik handelt; zunächst äußert sich die Krankheit nur in Nervenschwäche und Magenverstopfung. Was den Ersatz des Bleiweißes anlangt, so gibt es einen solchen in Zinkweiß. Die Regierung sollte durch Recherchen innerhalb der einzelnen in Betracht kommenden Berufsorganisationen eine Statistik über die Bleivergiftungen aufnehmen und im Anfang der nächsten Legislaturperiode auf dem Wege der Gesetzgebung oder der Bundesratsverordnung dafür sorgen, daß die Quellen dieser Bleivergiftungen beseitigt werden.“

In der Reichstagsitzung vom 9. Februar 1903 führte zur Bleiweißfrage Staatssekretär Graf Posadowsky aus: „Was die Verwendung von Bleiweiß anlangt, so sollen die Vorschriften für die Bleizuckerfabriken einer Abänderung unterworfen werden. Diese neue Verordnung ist nahezu fertiggestellt und wird in der aller nächsten Zeit erscheinen. Ebenso ist in Angriff genommen eine Befragung über Einrichtung und Betrieb der Bleihütten. In Frankreich ist, wie ich durch Vermittlung des Ministers des Innern, des Krieges und der Finanzen im Oktober 1901 durch Rundschreiben angeordnet worden, daß im Bereich ihrer Ressorts die Bleiweißfarbe durch Zinkweiß ersetzt werde. Ein Gesetz ist meines Wissens in Frankreich noch nicht verabschiedet worden. Danach soll Bleiweiß im Innern von Gebäuden nicht mehr verwendet werden. Der Handelsminister soll ermächtigt werden, das gleiche Verbot auch für das Aeußere von Gebäuden zu erlassen. Ich habe mich daraufhin mit den Ressorts im Reich und in Preußen wegen der gleichen Anordnung in Verbindung gesetzt, aber dort die Antwort erhalten, daß ein derartiges Verbot weder technisch noch wirtschaftlich möglich erscheint und daß, soweit fiskalische Anlagen in Betracht kommen, Unheilstände aus der Verwendung von Bleiweiß sich nicht ergeben hätten. Man kann sich ja über diese Frage später noch weiter unterhalten.“ Danach kann man beurteilen, wie einseitig die Regierung unterrichtet worden. Während man in Frankreich auf Grund langjähriger Erfahrungen gegen die Bleiweißverwendung vorging, also technisch und wirtschaftlich ein Verbot für möglich erachtete, steht man in Preußen auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Für uns ist natürlich diese Frage nicht abgetan und es wird zur rechten Zeit den maßgebenden Stellen Gelegenheit gegeben werden, auch die Meinung der direkt unter den Gefahren leidenden Arbeiter kennen zu lernen.

Zur Bleiweißfrage. Die Bleiweißfabrikanten und die Bleiweißhütten Malermeister erhalten jetzt Sukkurs von den rheinischen Bleihütten, die sich in einer Eingabe an den preussischen Handelsminister gewandt haben. In dieser Eingabe wird auf die große Zahl der Arbeiter, die in Bleihütten und in Bleierzbergwerken beschäftigt werden, hingewiesen und die gegenwärtige traurige Lage des deutschen Bleierzbergbaues und der deutschen Bleihütten aufmerksam gemacht. Von der deutschen Bleiproduktion, die 120 000 t beträgt, würden jährlich 80 000 t zu Bleifarben verarbeitet; falls die Verwendung von Bleiweiß verboten werde, so erschiene die Existenz der Bleiindustrie gefährdet. Der Minister wird ersucht, von dem Erlasse der in Aussicht genommenen Verfügung betreffs Verbot oder Einschränkung des Bleiweiß-

verbrauchs abzusehen, dafür aber (da man doch nun einmal eine Eingabe macht und es also ein Handaufhalten ist) um Förderung der bleiproduzierenden Industrie gebeten unter schmerzhaftem Hinweis auf den unter den Tisch gefallenen Zoll auf ausländisches Blei. — Die ganze Eingabe ist gewissermaßen nur ein Inbellen der Regierung, damit sie merkt, daß außer den Bleifarbenfabrikanten auch noch eine bleiproduzierende Industrie heraufgedellt, die im Falle eines Bleiweißverbots mit demselben Recht eine Staatsentlohnung verlangt, wie die Bleifarbenindustrie. Die Regierung wird den Leuten schon entgegenkommen!

S a r i s t u h e. (Situationsbericht.) Die herrschende Geschäftskrisis hat auch bei uns im vorigen Sommer ihre Schattenseiten geworfen, so daß es manchem Kollegen selbst zur Sommerzeit schwer genug fiel, bestimmte Arbeit zu haben. Wenn sich hiesige Kollegen seit Jahren schon die rückichtsloseste Behandlung gefallen lassen mußten, so ist es wohl leicht erklärlich, daß sich durch den schlechten Geschäftsgang die Lage nur noch verschlimmern konnte. Zumal es bei dem horrenden Subifferenzials, das von den unliegenderen Deckstoffen zu strömenden Kollegen unmöglich ist, nur ein einigermaßen kollektives Interesse und Geist zu wecken. Das Submissionswesen, besonders die Arbeiten auf Gegenrechnung, sind hier im besten Gebrauch, so daß die Arbeit bis auf den Hund gekommen ist. Besonders die Firma Dieber, Welter und Schacher liefert in dieser Hinsicht alles nur Erreichbare. Stark gebaute Kollegen aus der schwärzesten Schwarzwalddegend erhalten natürlich den Vorzug. Winterarbeit wird ja immer verprochen, um sie in der Saison zur wahrhaft maschinellen Tätigkeit anzuregen, was natürlich zur Folge hat, daß die Arbeiten frühzeitig fertig werden. Die ausgebrauchten Maschinenmenschchen können ja dann zu Hause bei der Feldarbeit noch genug Erholung suchen. Es ist wohl nicht zu verurteilen, daß bei einer derartig schlechten Lage ein Stundenlohn von 40—42 M ein guter zu nennen ist. Angesichts dieser Verhältnisse war es oftmals schwer genug, die Filiale auf der Höhe der Zeit zu erhalten. Doch auch bei uns wird es Frühling und um die Kollegen endlich wieder einmal aus ihrer Interesselosigkeit aufzurütteln, haben wir für dieses Jahr bei Zeiten angefangen, unsere Tätigkeit zu entfalten. Am 17. Januar hielten wir unsere Generalversammlung, zu der sich durch vorherige genügende Agitation 36 Kollegen einfanden; eine Zahl, die wir den ganzen Sommer hindurch nicht erreichten. Kollege Kolb referierte über das Thema: „Das Bevölkerungsproblem“ und regte durch seine trefflichen Ausführungen das Interesse aller Kollegen an. Den Winter über haben wir die Kollegen durch einen Unterrichtskursus in Holz und Marmor für die Bereinigung zu halten gewohnt und werden auch in fernerer Zeit bestrebt sein, die Kollegen mehr für die Organisation zu gewinnen. Wir sind der Ueberzeugung, daß bei einem festen Zusammenhänge seitens der Kollegen es auch bei uns möglich sein wird, bessere Löhne und somit bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

S i n g e n. (Situationsbericht.) Wie in allen anderen Filialen, so erfreut sich auch die unserige einer ganz besonderen Aufmerksamkeit seitens der Meisterchaft. Es wurden schon verschiedne Attaken auf uns gemacht, die jedoch immer mißglückten. Die Lohnbewegung im Frühling 1901 hat das Blut der sechs hiesigen Meister ganz besonders in Wallung gebracht. Daß die unerschämten Gehülsen einen Minimallohn von 40 M pro Stunde verlangten, das erschien ihnen doch als etwas unerhörtes; infolgedessen blieb auch über einige Widen bis zum Spätsommer die Sperte herabhängt. Nachdem der Minimallohn ungefähr sechs Monaten bezahlt worden war, da fiel es mit einem Male Herr Humpert ein, an der Leistungsfähigkeit einiger Gehülsen zu zweifeln und denselben den Minimallohn um 5 M zu reduzieren. Am Sonnabend, beim Ausbezahlen des Lohnes, wurde die Reduktion schriftlich angekündigt mit der Bemerkung, wer damit nicht zufrieden sei, könne sich am Dienstag melden (Herr Humpert war nämlich angeblich verreist). Der Lohnkommission gelang es nicht, eine Einigung zu Stande zu bringen, denn Herr Humpert hatte allerhand Ausreden. Die von der Lohnreduktion betroffenen Kollegen erhielten anderweitig Beschäftigung. Zwei Monate später kündigte Malermeister Schinger eine Lohnreduktion an; ebenfalls um 5 M. Auch Herr Schinger kündigte bei der Lohnzahlung durch Abwesenheit und mußte dessen Frau jedem Kollegen die Worte: „M i e n M a n n h ä t t i f ü n f P e n n i g a b z o g e n!“ ins Ohr flüstem. In diesem Falle war das Einschreiten der Lohnkommission nicht erforderlich, denn die Angelegenheit wurde privatim geschlichtet. Hier war jedoch der Grund der Lohnreduktion ein anderer als im ersten Falle. Herr Schinger halte die Offenbarung gemacht, daß er den Lohn aus dem Grunde reduziert habe, „damit die Arbeit mehr in die Länge gezogen würde!“ Er sei aber geneigt, den früheren Lohn weiter zu zahlen; er müsse aber in diesem Falle den beiden Herren, die den Minimallohn zuerst bewilligt haben, waren auch die ersten, die ihn reduzierten. Der Minimallohn wurde nun seitens der Meisterchaft ziemlich hochgehalten. Nur im vergangenen Sommer bezahlte Herr Moser einem indifferentsen Kollegen den horrenden Lohn von 7,50 M die Woche. Bedauerlich ist es auch, daß es organisierte Kollegen gibt, die im Sommer 2—5 M unter dem Minimallohn arbeiten, wie es in hiesiger Filiale der Fall war. Die Konjunktur war jedoch im Sommer so flau, daß ein Einschreiten der Filiale nutzlos gewesen wäre, denn wir hatten ja unsere liebe Not, die Filiale überhaupt über Wasser zu halten. Es fehlte hier an einem Stamm anständiger Kollegen. Dem jetzigen Vorstehen wurde schon vor einem Jahre mit Entlassung gedroht. Was die hiesigen Meister von einer Lohnbewegung oder einem Streik für einen Begriff haben, beweist folgender Fall. Vor einem Jahre machte der Malermeister Humpert dem jetzigen Vorstehen die Entfällung, daß er ihn entlassen müsse. Auf Befragen, aus welchem Grunde dies wäre, antwortete Humpert: „Ihr früherer Meister Schinger hat mir gesagt, ich müsse Sie entlassen, weil Ihr dieses Jahr streiken wollt und Sie der Hauptführer vom Streik sind. Er will es sämtlichen Meistern sagen, daß sie von keinem mehr eingestellt werden.“ Diese Aeußerung hat sich bewahrheitet, denn der jetzige Vorstehen ist seit dem 6. Dezember vorigen Jahres arbeitslos. Damals, als ihm die Entlassung angekündigt wurde, kam es allerdings nicht dazu, aber im Laufe des Jahres ist für ihn die Lage kritisch geworden. Wir hoffen, daß die hiesige Meisterchaft sich auch noch an unsere Organisation gewöhnen wird. Wenn in diesem Jahre die Konjunktur eine einigermaßen günstige wird, dann werden wir ihnen schon den nötigen Respekt einflößen, jedoch ist es dann auch notwendig, daß sich sämtliche Kollegen unserer Filiale anschließen.

Versammlungs-Berichte.

Frankfurt a. M. Am 21. Januar hielt die Filiale ihre Generalversammlung ab. Der Besuch war trotz der

hier herrschenden großen Arbeitslosigkeit ein guter. Nachdem der Geschäftsführer, Kollege Zimmermann, den Klassenbericht vom 4. Quartal erstattet, wurde der Geschäftsbericht entgegengenommen. (Siehe an anderer Stelle des „K.“) Der Klassenbericht, die Mitgliederbewegung und Beitragsleistung lag gedruckt vor. In der Diskussion über den Geschäfts- und Klassenbericht beteiligten sich die Kollegen Gerhards, Knauf, Berger und Börig, die sich allgemein zufriedenstellend über denselben äußerten. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, dem Klassenbericht in Zukunft die Jahresabrechnung vom Vorjahre zum besseren Vergleich gegenüberzustellen. Ein Antrag, dem Vertrauensmann der Ladierer Sitz und Stimme im Vorstand einzuräumen, wurde angenommen, dagegen gleichfalls ein Antrag des Vorstandes, die Kassaführung der Lokalstufe mit der Filialstufe zu verschmelzen, abgelehnt. Ein neuer Antrag vom Kollegen Zimmermann, wenigstens die Lokalbeiträge, woraus die Kosten für die Zeitungskosten und der Beitrag für das Arbeitersekretariat gezahlt wird, in der Filialstufe zu buchen, wurde angenommen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer hierauf Decharge erteilt. Die Neuwahl der Filialverwaltung und der Agitationskommission ergab die Wiederwahl des seitherigen Bevollmächtigten, Koll. Wittkötter, als Schriftführer wurde Kollege Heitz und als Kassierer die Kollegen Stork und Lehmann neu gewählt. Die seitherigen Revisoren, Böhm und Heinicke, wurden wiedergewählt. In die Agitationskommission wurden die Kollegen Knauf, Hain, Lang und Gille wieder- und Köhler, Massard und Lehmann neu gewählt. Mit dem Wunsche, die folgenden Versammlungen des Jahres ebenso gut zu besuchen, wie die erste, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Größliche Väterseide. In der letzten Mitglieder- versammlung vom 9. Februar wurde einstimmig der Kollege Berlin als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt. Nach Erledigung interner Filialangelegenheiten kam das Schreiben eines Mitgliedes der Agitationskommission zur Sprache. Darnach soll uns Kollegen, die wir tapfer zusammen- gehalten haben, nichtig der Kopf gewaschen werden. Wasser und Seife hatten wir jeder Zeit bereit und bitten den Schreiber getrost zu Wäsche zu kommen. Wenn unsere Sache hierorts nicht besser ist, so haben wir das den alten Kollegen zu danken, namentlich einer größeren Anzahl. Diese Kollegen hatten es nicht der Mühe wert, sich um etwas zu kümmern. Wir gaben uns schon öfters Mühe, um diese Leute heranzuziehen. Sie scheinen aber große Angst vor den Kollegen in anderen Werkstellen zu haben; sie mühten sich schämen, daß solche Kollegen für sie das Brot baden, das sie dann gerne essen, denn diese Menschen verlangen zwar auch tarifmäßige Bezahlung, aber wer diesen schaffen mußte, daran denken sie nicht. Der gedruckte Affordruckt der Berliner Innung wurde darauf besprochen. Die Filiale beurteilte in allen Fällen die Affordrücke.

Gmünd. Am 24. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere jährliche Generalversammlung. Derselbe erfreute sich eines guten Besuchs. Nach dem Tätigkeitsberichte des Gesamtausschusses fand die Neuwahl statt, die folgendes Resultat ergab: Bundschuh, Bevolm.; Klatt, Kassierer; Wetzel, Schriftführer; Umhofer und Gaier, Beisitzer; Revisoren Niebig und Jordan. Am hiesigen Plaze waren vergangenes Jahre im Durchschnitt von 35 Kollegen 27 organisiert. Die übrigen dieser fernstehenden Kollegen sind hauptsächlich solche, die durch Zahlungsverhältnisse gestrichen werden mußten. Im Allgemeinen waren unsere Versammlungsbefuche keine günstigen zu nennen, da viele Kollegen glauben, wenn sie nur ihre Beiträge bezahlen, seien sie allem entzogen und gerade diese Kollegen hätten es nötig, sich selbst zu erkennen und mit an dem Ausbau unserer Organisation zu arbeiten.

Regensburg. Am 1. Februar fand eine Mitglieder- versammlung statt, zu der fast sämtliche Kollegen erschienen waren. Kollege Dollinger begrüßte die Anwesenden und hofft, daß sich die Kollegen nicht so zahlreich zu den Versammlungen einfinden werden. Die darauffolgende Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung nach Berlin ergab, daß einstimmig Kollege Dollinger gewählt wurde. D. versprach, sich dieses Vertrauens auch würdig zu erweisen. Unter „Verschiedenes“ wurde allgemein das Verhalten eines Kollegen, welcher bereits über 1 Jahr Mitglied war, bedauert; derselbe hat sich wegen ein paar Pfennige herbeigekommen, die ihm von einer Abteilungschaft vom christlichen Arbeiterklub, wie er sich nennt, geboten wurden, sich zu verpflichten, aus der Vereinigung auszutreten. Die Versammlung beschloß einstimmig, solche Kollegen mit Verachtung zu strafen. Ebenso wurde das Verhalten eines zwar schon alten Kollegen, aber noch jungen Mitgliedes einer gebührenden Kritik unterzogen. Derselbe erklärte darum seinen Austritt, weil man seine Werkstätte einmal ein wenig unter die Lupe nahm. Nun, diesen Nach- Kollegen meinen wir keine Kränen nach, denn Speichellecker und Dekorationsstücke können wir in der Vereinigung abgeben nicht gebrauchen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— **Tarifgemeinschaft im Baugewerbe.** Die Väterseide-Kommission im Baugewerbe zu Berlin hat den bestehenden Tarifvertrag auf einer neuen und den verhängnisvollen Parteien entgegenkommenden Grundlage verlängert und damit aller Voraussicht nach auch für die nächsten Jahre den Frieden im Bauberufe gesichert. — Auch in Stuttgart haben die seit längerem gepflogenen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen im Baugewerbe zu einer Tarifgemeinschaft geführt, die nur begrüßt werden kann.

— **Durch die seit Kurzem in Baden begonnene Masseneinwanderung italienischer Arbeiter,** worüber die „Mannheimer Volksstimme“ berichtet, wird die Lage des ohnehin schon äußerst unglücklichen Arbeitsmarktes noch weiter verschlechtert werden.

— **Der erste Kongress der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** wird am 9. und 10. März in Frankfurt a. M. abgehalten.

— **Die Abwehr der österreichischen Gewerkschaften gegen die Behröhung mit den auf Versicherungs- unternehmungen bezüglichen Bestimmungen** haben einen durchaus günstigen Erfolg gehabt. Das amtliche Verordnungsblatt des Ministeriums des Innern veröffentlicht die Antwort, welche der Ministerpräsident auf die Inter- pellation der sozialdemokratischen Abgeordneten erteilt hat. Daraus werden die Behörden darüber belehrt, daß sie die Gewerkschaften nicht als Versicherungsgesellschaften anzusehen haben.

— **Für einheitliche Regelung des Submissionswesens** ist von dem alle bestehenden 71 Handwerkskammern umfassenden Bund der deutschen Handwerkskammern ein Entwurf überwiesen worden, der die Grundzüge zu einer einheitlichen Regelung der

öffentlichen Vergabe staatlicher und kommunaler Arbeiten und Lieferungen enthält. Sie sind behördlicherseits so abgefaßt, daß sich mit Leichtigkeit Änderungen je nach den örtlichen Bedürfnissen anbringen lassen. In der Hauptsache soll darnach die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen an Generalunternehmer ausgeschloffen sein. Ferner sollen in der Regel bei der engeren Wahl Personen und Firmen, die in Straf- anstalten arbeiten lassen, oder vorübergehend Ausländer be- schäftigen, oder sich bereits in Konkurs befinden und da- durch andere in ihrem Vermögen geschädigt haben, nicht berücksichtigt werden. Der Zuschlag soll nicht mehr dem Mindestfordernden, sondern demjenigen erteilt werden, dessen Forderung dem Mittelpreise aus der Summe aller in die engere Wahl gelangten Angebote am nächsten kommt. Bei einem Anstehen soll die Lieferzeit entsprechend verlängert und eine Infolge des Anstehens eingetretene Lohnerhöhung im Preisanschlag entsprechend angerechnet werden. Würden sich die Teilnehmer mit den Arbeitern über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertragen einig, dann würde eine solche Bestimmung von vornherein überflüssig.

— **In allen Krankenkassen** haben die männ- lichen und weiblichen Mitglieder gleiche Rechte und Pflichten. Die größte Anzahl der Frauen, daran gewöhnt, durch den Mann im öffentlichen Leben bevormundet zu werden, erfüllt als Krankenkassenmitglied wohl ihre Pflichten, macht aber von ihren Rechten in den seltensten Fällen Gebrauch; der geringe Besuch der weiblichen Mitglieder auf den Generalversammlungen der Krankenkassen legt dafür Be- weise ab, auch sind die fast ausschließlich aus Männern bestehenden Vorstände ein weiterer Beleg dafür, wie wenig die Frauen über ihre Rechte orientiert sind. Es ist aber für die weiblichen Mitglieder von nicht zu unterschätzender Wich- tigkeit, in dessen Händen die Verwaltung der Krankenkassen liegt; in ihrem eigenen Interesse ist es daher geboten, auf den Generalversammlungen zu erscheinen, um sich vor allen Dingen an den Wahlen zu beteiligen. Der deutsche Verein für Frauenstimmrecht fordert alle weiblichen Mit- glieder der Krankenkassen auf, von ihren Rechten Gebrauch zu machen; diejenigen Frauen aber, welche schon immer an den Versammlungen usw. teilnehmen, werden er- sucht, ihre Kolleginnen zu orientieren und zur Mitarbeit heranzuziehen.

Eingefandt.

Bezugnehmend auf das Eingefandt des Kollegen Glanz aus Efen in Nr. 5 des „Vereins-Anzeiger“ ist anzunehmen, daß er gewiß nicht zu denen gehört, die die Beiträge aus der Wohnung holen, sonst würde er gewiß schon gemerkt haben, wie schwer es hält, den jetzigen Beitrag zu fassen. Daß die Arbeitslosenunterstützung ein Bedürfnis ist, gebe ich zu, halte aber die Durchführung noch für einige Jahre verfrüht, denn ein Beitragswechsel von 35 J auf 60 J pro Woche ist zu hoch, wir würden uns schließlich der Gefahr aussetzen müssen, Unzufriedenheit in unsere eigenen Reihen zu tragen. Für Frauen- und Kinderversicherung ist Kollege Glanz nicht zu haben. Hat vielleicht auch keine! Aber könnten das selbst nicht die anständigsten verheirateten Kollegen betriebs der Reise- unterstützung sagen: Brauchen auch keine! Und die Kollegen, welche dauernde Beschäftigung haben, brauchen auch keine Arbeitslosenunterstützung, müssen aber trotzdem den hohen Beitrag zahlen. Haben nicht auch die letztgenannten meistens die **Verkaufswörter zu verkaufen?** Es würde schließlich doch eine Anzahl sich finden, des hohen Beitrags und der Unterstützung anderer wegen aus der Vereinigung auszu- scheiden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auf der kommenden Generalversammlung keine große Veränderung be- treffs des Beitrages sowohl als auch des Unterstützungs- wesens stattfinden wird, da die Vereinigung seit der letzten Generalversammlung finanziell wie materiell gut gearbeitet hat. — NB. Dem Antrage des Hauptvorstandes betriffs der Beitragsserhebung stimmen die Kollegen der hiesigen Filiale nicht zu.

Duedlinburg a. Harz. Gustab Kleie.

Bekanntlich wurde auf der letzten Generalversammlung zu Würzburg beschlossen, Material zur Arbeitslosenver- sicherung zu sammeln, um die Einführung derselben auf der nächsten Generalversammlung zu ermöglichen. Trohdem ist in der provisorischen Tagesordnung zur nächsten Generalver- sammlung die Arbeitslosenversicherung nicht bekannt gemacht worden. Es hat danach den Anschein, als ob dieser Punkt gar nicht von Bedeutung wäre. Trohdem glaube ich, daß gerade die neunte Generalversammlung sich mit dieser Frage eingehend befassen wird, um endlich einmal Mittel und Wege zu schaffen, wie sich diese Einrichtung praktisch einführen läßt. Da der großen Arbeitslosigkeit in unserem Berufe mit gefeh- lichen Mitteln kein Einhalt geboten werden kann, so ist es unsere Pflicht, daß wir zur Selbsthilfe schreiten. Wenn auch mit der Einführung der Krankenversicherung schon ein gutes Werk geschaffen worden ist, so ist die Frage der Arbeits- losenunterstützung doch von weit größerer Bedeutung. Eine einheitlich geordnete Arbeitslosenversicherung (unter Fortfall der Kranken- und Reiseunterstützung) würde meiner Ansicht nach sehr segensreich wirken. Natürlich würde sich bei Ein- führung derselben verschiedenes hindernd in den Weg legen und würde vielleicht auch Mißbrauch damit getrieben werden, aber durch eine gute Kontrolle könnte diese Befürchtung be- seitigt werden. Sollte es aber trohdem ausarten, so müßte dies mit sofortigem Ausschluß aus der Vereinigung bestraft werden. Es würde sich dann wohl jeder hüten, um seiner Rechte nicht verlustig zu gehen. Eine Tatsache ist ja, daß jede Unterstützung, welche auf Kosten der Allgemeinheit auf- gebaut ist, von einzelnen ausgenutzt wird. Doch hieran dürfen wir uns nicht stoßen, es sind dies alles Fragen, die wohl er- wogen werden müssen, aber die wichtigste aller Fragen ist gewiß die Kostenfrage. Ich nehme bloß an, wenn die Unter- stützung einigermaßen ihren Zweck erfüllen soll, dann muß das Mindestmaß 6 M pro Woche und 6 Wochen lang sein. Daß sich dieses mit einer Beitragsserhöhung von 10 J nicht durch- führen läßt, wird wohl jeder zugeben müssen. Aber bis zu 1 M wöchentlichem Beitrag brauchen wir uns nicht zu ver- steifen. Solch ein Beitrag ließe sich in den kleinen Städten nicht eintreiben, trotz der Hauskassierung. Ich glaube, wenn wir in den 30 Sommerwochen 30 J und in den 22 Winter- wochen 20 J zahlen, so ließe es sich wohl ermöglichen. Na- türlich müßte die Kranken- und Reiseunterstützung in Wegfall kommen und jeder Beanspruchende zwei Jahre Mitglied sein. Es haben ja die älteren Kollegen auch tatsächlich zu dieser Unterstützung nicht viel mehr beigetragen, als diejenigen, welche nach Inkrafttreten zwei Jahre beigetragen haben, denn von den bisherigen Beitragsleistungen können wir keine Arbeits- losenunterstützung beanspruchen. Ebenfalls müßte auch auf die erste Woche Unterstützung verzichtet werden. Sollte sich

dieses Beschloßte ermöglichen lassen, so wäre vielen etwas geboten, was sie mit Händen greifen können, und es würde die altherne Ausrede: „Es hat für mich ja doch keinen Zweck“, nicht mehr stichhaltig sein.
Cöhne.

Carl Göhe.

Bezüglich der Statutenänderung laut Vorstandsantrag bei § 4 Abs. 2 stehen wir auf einem ganz anderen Stand- punkt. Wie nämlich in den Winterwochen kein Beitrag erhoben, so sind die Versammlungen sozusagen gänzlich aus- geschloffen, da die Versammlungen im Winter so wie so viel zu wünschen übrig lassen und ein großer Teil der Mitglieder sich nur alle 4 bis 6 Wochen sehen läßt. Es würden dann nur der Vorstand und einige Mitglieder permanente Besucher sein. Darum sollte man vorsichtig sein und den betreffenden Passus dahin ändern, daß in 36 Sommerwochen 40 J und in 16 Winterwochen 10 J wöchentlich Beitrag erhoben wird, indem so der Gesamtbeitrag derselbe bleibt; auf diese Weise sehen sich doch die Mitglieder veranlaßt, die Versammlungen zu besuchen, denn es ist nicht allein Pflicht der Kollegen, Beiträge zu bezahlen, sondern um etwas Ersparnis zu schaffen, auch für eine gut besuchte Versammlung zu sorgen, denn an diesem Uebel werden wohl die meisten Filialen leiden. Abs. 3, welcher besagt, in Orten, wo der Lohn unter 30 J steht usw., kann der Beitrag auf 35 J erniedrigt werden, würde auch nur zu Unanschaulichkeiten führen. Es haben alle Kollegen gleiche Rechte, also auch gleiche Pflichten, und es würde für solche Filialen, wo der Lohn unter 30 J steht, eine kleine Anrempelung nötig sein, ihre Lage zu verbessern.
Filiale Hildesheim.

Die Rennerung, 12 Wochen (im Winter) keinen Beitrag zu entrichten, hatte ich für vollständig verfehlt, denn was vielleicht für andere größere Organisationen gut sein mag, ist noch lange nicht für uns angebracht. Ich bin der Meinung von M. Elbersfeld im Eingefandt in Nr. 3 des „Vereins- Anzeiger“, daß zu der Zeit der Beitragslosigkeit die Fühlung der Filialvorstände mit den Mitgliedern sich lockert und noch mehr die Fühlung der Mitglieder mit der Kasse. Und das muß im Interesse der Vereinigung unter allen Umständen vermieden werden, denn die Gründe gegen diese Neuein- richtung sind doch triftiger als diejenigen dafür. Darum halte ich dieselbe nicht für angebracht. Nun, ich hoffe, die Generalversammlung wird einen anderen Weg einschlagen, als den vom Vorstand angezeigten.

Sodann möchte ich auf ein Versehen aufmerksam machen, das in unserem Statut nachgeholt werden muß, das ist eine bessere Regelung der Abmelbung der Mitglieder. Es muß da eine Bestimmung getroffen werden, daß kein Mitglied in eine Filiale aufgenommen werden darf, bevor dasselbe nicht vorchriftsmäßig sich bei der letzten Filiale abgemeldet hat. Diese Vorschrift ist nötig, damit säumige und lässige Mitglieder gezwungen werden, allen Verpflichtungen gegen- über den Stellen, Bibliotheken usw. nachzukommen.

Auch wäre es wohl an der Zeit, daß die Generalver- sammlung sich einmal des näheren mit der Agitation unter den Ladierern beschäftige. Hoffentlich sorgen die Vertreter der Ladierer aus den größeren Städten dafür, daß man sich hier endlich zu Taten bequemt.

Im Uebrigen wünsche ich der Generalversammlung, daß ihre Verhandlungen sich auf der Höhe der Zeit bewegen mögen zum weiteren Gehehen der Vereinigung!

Gelsenkirchen.

Salmann.

Berichtigung. In der Statistik von Hannover muß es auf der ersten Seite, vorletzter Absatz unter „von den 392 Befragten waren 81 p. R. in Hannover und Linden geboren“ heißen: waren 81 in Hannover und Linden geboren.

Briefkasten.

U. b. M.—I. Der Bericht wurde so wiehergegeben, wie er eingefandt worden ist.
Frankfurt. B. Dadurch, daß gewünscht wurde, beide Berichte in einer Nummer unterzubringen, und das ging eben nicht. Gruß.
Hannover. S. Ch. Muß beim Zusammenstellen übersehen worden sein, da kein Anlaß zur Veränderung vorlag. Gruß.

Abrechnung über den Provinzialtag des Agitationsbezirks Hessen und Hessen- Nassau am 15. Februar 1903 in Frankfurt a. M. D. St. für 23 Delegierte und den Obmann der Agitationskommission à 5 M = 120 M, Fahrgele für 21 Delegierte 40.30 M; Summa 160.30 M. Die Kosten des Provinzialtages werden von den Filialen prozentual getragen; auch die nicht- vertretene Filiale sind verpflichtet, ihren prozentualen Teil zu entrichten. Die prozentuale Berechnung ergibt pro Mit- glied 6 1/2 J, es hat demnach zu zahlen: Wierstadt 4.03 M, Weidenstadt 1.88 M, Darmstadt 23.14 M, Dohheim 8.45 M, Oberstadt 12.54 M, Frankfurt a. M. 45.76 M, Frauenstein 1.82 M, Friedberg 2.27 M, Hanau 2.21 M, Langen 1.76 M, Langenselbold 2.41 M, Mainz 25.35 M, Offenbach 3.64 M, Pfungstadt 2.08 M, Rambsach 3.45 M, Schierstein 2.54 M, Sonnenberg 3.25 M, Wilbel 3.77 M, Wiesbaden 12.67 M, Winden 1.30 M. Nach Abzug der Vorlage für die Kosten der Delegierten der Filialen hat die Filiale Weidenstadt noch 1.88 M, Darmstadt 10.24 M, Dohheim 0.55 M, Oberstadt 5.94 M, Frankfurt 25.76 M und Mainz 11.15 M zu zahlen. Alle übrigen Filialen erhalten sofort nach Eingehen der obigen Beträge den an die Delegierten bereits ausbezahlten Betrag, nach Abzug des prozentualen Teiles, zugelandt.
Frankfurt a. M., den 18. Februar 1903.
J. W.: Jos. Zimmermann.
Stolzstr. 13, II.

Dereinstell.

Wahleresultat.

Gewählte Delegierte.

1. Wahlabteilung. Abgegebenen Stimmen 78.
Gewählt Raune-Bremen mit 50 und Schröder-Bremen mit 48 Stimmen.
2. Wahlabteilung. Abgegebenen Stimmen 150.
Gewählt Birt-Berlin mit 90, Zabreit-Berlin mit 89 und Bartel-Berlin mit 83 Stimmen.
3. Wahlabteilung. Abgegebenen Stimmen 70.
Gewählt Achtermeier-Braunschweig mit 49 Stimmen.
4. Wahlabteilung. Abgegebenen Stimmen 50.
Gewählt Reinert-Hannover mit 50 Stimmen.
5. Wahlabteilung. Abgegebenen Stimmen 171.
Gewählt von Bönn-Hamburg mit 121, Bartels-Hamburg mit 118 und Schröder-Hamburg mit 84 Stimmen.

6. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 60.
Gewählt Meyer's Kiel mit 33 Stimmen.

7. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 123.
Gewählt Zimmermann Frankfurt mit 111 und Knaut-Frankfurt mit 82 Stimmen.

8. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 67.
Gewählt Moob-Damm mit 55 Stimmen.

9. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 81.
Gewählt Eisinger-Waizig mit 81 Stimmen.

10. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 120.
Gewählt Kaufmann Leipzig mit 100 und Grüner-Leipzig mit 66 Stimmen.

11. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 54.
Gewählt Wibrach-Breslau mit 44 Stimmen.

12. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 40.
Gewählt Starabac-Bosen mit 40 Stimmen.

13. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 108.
Gewählt Hermann-München mit 79 Stimmen.

14. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 162.
Gewählt Dollinger-Regensburg mit 85 Stimmen.

15. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 75.
Gewählt Weid-Stein mit 63 Stimmen.

16. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 71.
Gewählt Schanzbach-Stuttgart mit 49 Stimmen.

17. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 91.
Gewählt Regel-Mannheim mit 47 Stimmen.

18. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 126.
Gewählt Lemm-Berlin mit 82 Stimmen.

19. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 180.
Gewählt Meyer-München mit 95 Stimmen gewählt.

20. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 184.
Gewählt Weidner-Danzig mit 111 Stimmen.

21. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 68.
Gewählt Wankel-Altona mit 38 Stimmen.

22. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 67.
Gewählt Menge-Dresden mit 61 Stimmen.

23. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 46.
Gewählt Weidner-Weidner mit 46 Stimmen.

24. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 155.
Gewählt Schaub-Wilke mit 90 Stimmen.

25. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 212.
Gewählt Streine-Dresden I mit 180 und Meier-Dresden II mit 113 Stimmen.

26. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 213.
Gewählt Weise-Chemnitz mit 150 Stimmen.

27. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 77.
Gewählt Buchelt-Cöln mit 49 Stimmen.

28. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 101.
Gewählt Schraub-Barmen mit 58 Stimmen.

29. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 124.
Gewählt Krentel-Bielefeld mit 76 Stimmen.

30. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 185.
Gewählt Borchardt-Magdeburg mit 110 Stimmen.

31. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 136.
Gewählt Müller-Halle mit 91 Stimmen.

32. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 117.
Gewählt Reich-Königsbrunn mit 71 Stimmen.

Stichwahlen haben stattgefunden:

15. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 146.
Dabon Franke-Wilhelmsbad 56, Siebrich-Wegefac 51, Wegel-Bremerhaven 39. Stichwahl zwischen Franke und Siebrich.

18. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 125.
Dabon Bilger-Marktsruhe 40, Schilling-Seilbronn 35, Meier-Heidelberg 28, Schart-Gründ 22. Stichwahl zwischen Bilger und Schilling.

20. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 144.
Dabon Goeller-Erfurt 62, v. d. Berg-Freiburg 43, Göhring-Ilm 24, Kreierleber-Pforzheim 15. Stichwahl zwischen Goeller und v. d. Berg.

22. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 122.
Dabon Werner-Brandenburg 43, Schulz-Novawes 28, Peters-Posdam 27, zerpflikt 24 Stimmen. Stichwahl zwischen Werner und Schulz.

24. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 164.
Dabon Schaefer-Kassel 45, Kiefer-Silberheim 42, Dmeyer-Celle 33, Mathies-Vind 26, Sievers-Sannover 18. Stichwahl zwischen Schaefer und Kiefer.

27. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 86.
Dabon Malow-Köln 28, Niese-Lübbeck 27, Joggmann-Schwierin 14, zerpflikt 17 Stimmen. Stichwahl zwischen Malow und Niese.

28. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 93.
Dabon Leffen-Nürnberg 40, Markert-Eineburg 34, Kühlbach-Wandbeck 18, Saß-Lüneburg 1. Stichwahl zwischen Leffen und Markert.

35. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 207.
Dabon Spranger-Dresden 81, Kohnert-Regis 54, Klaffen-Altenburg 50, zerpflikt 21. Stichwahl zwischen Spranger und Kohnert.

36. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 211.
Dabon auf Schmidt-Erfurt 86, Winkler-Jena 57, Büttner-Koburg 38, zerpflikt 26. Stichwahl zwischen Schmidt und Winkler.

38. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 159.
Dabon Meyer-Cöln 63, Koch-Ohrenfeld 67, Buchelt-Cöln 29. Stichwahl zwischen Koch und Meyer.

40. Wahlabteilung. Abgegebene Stimmen 131.
Dabon Badenheuer-Bochum 57, Kunge-Gelsenkirchen 31, Wolter-Crefeld 23, Senf-Essen 20. Stichwahl zwischen Badenheuer und Kunge.

Das Resultat der Stichwahlen hat bis Sonntag, den 8. März, in Händen des Vorstandes zu sein und erfuchen wir daher um sofortige Vornahme der Stichwahlen auf Grund des in Nr. 52 des „M.“ vom vor. Jahre veröffentlichten Wahlreglements. Die Wahlprotokolle für die Stichwahlen sind den in Betracht kommenden Filialen bereits zugefandt.

Folgende Filialen haben kein Wahlprotokoll eingefandt:
Rosenheim, Bamberg, Erlangen, Delmenhorst, Straßburg, Schwäbisch-Hall, Frantenthal, Cuxhaven, Weidenstadt, Pfungstadt, Friedberg, Hanau, Grimmitzhan, Werbau, Würzen, Rudolstadt, Saalfeld, M.-Glabach, Mühlheim, Jserlohn, Quisburg, Minden.

Un erledigt:

30. Wahlabteilung. Infolge Totalmanqels kann die Versammlung erst im Laufe dieser Woche in Wiesbaden stattfinden.

Bekanntmachung.

Vestätigt werden hiermit die Neuwahlen der Filialverwaltungen Quisburg, Eschwege, Thron und Düren.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem 1. März d. J. die Auszahlung der Reiseunterstützung aufhört.

Der Vorstand.

Duldtung.
Vom 18. bis 23. Februar ging bei der Hauptkassa ein:
Deffau M. 6.75, von Einzelmitgliedern: Geifert 2.75, Balles --90, Köh --50, Tichaepe 2.80, Giese 2.70, Hartling 2.--, Andrefen 1.35, Hansen --.45, Schwandt 1.05, Diet 4.75, Nozze 1.50.

Zuschüsse wurden abgefandt: M., Glabach M. 50.--; Sonnenberg 55.--, Colbus 50.--, Mainz 150.--, Berlin II 150.--, Duisburg 10.--, Darmstadt 100.--.

Verichtigang. In Nummer 7 des „Reinheits-Kuz.“ ist für ein mit M. 1.60 Schulden in der Abrechnung bezeichnet. Es beruht dies auf einem Irrtum. Die Filiale hat keine Schulden bei der Hauptkassa.

Vom 19. Januar bis 20. Februar gingen für aus-gezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Nachen 3.60, Altona 33.85, Altona 66.45, Darmen 30.12, Berlin I 294.20, Berlin II 43.55, Bierstadt 26.25, Weidenstadt 15.70, Brandenburg 28.--, Braunschweig 31.35, Bremen 127.--, Breslau 75.80, Cannstatt 20.80, Cassel 23.--, Charlottenburg 32.15, Chemnitz 19.--, Coblenz 25.--, Cöln 4.55, Deutz 13.60, Dortmund 77.45, Dohheim 65.15, Dresden I 201.75, Düsseldorf 2.40, Eberstadt 162.10, Ebingen 5.60, Eisenach 3.--, Elberfeld 4.80, Erlangen 4.--, Essen 18.--, Flensburg 10.40, Frauenheim 25.80, Friedberg 9.--, Grönd 7.70, Grönd 27.50, Greiz 18.80, Frankfurt 206.65, Halberstadt 29.50, Halle 56.30, Hamburg 55.85, Hannover I 15.50, Hanau 53.55, Harburg 9.50, Heilbronn 4.--, Hildesheim 30.25, Hünenau 5.10, Kiel 133.85, Leipzig 7.20, Lüneburg 10.20, Ludwigsburg 23.--, Lüneburg 13.60, Magdeburg 13.95, Mainz 224.--, Mügeln 10.--, München II 9.60, Naumburg 22.55, Nordhausen 23.85, Novawes 10.80, Nürnberg I 9.35, Nürnberg II 8.40, Offenbach 48.90, Osnabrück 18.75, Posen 12.50, Potsdam 8.40, Quefblinburg 28.--, Ravensburg 3.60, Regensburg 26.30, Riga 82.75, Saarbrücken 22.75, Schierstein 4.50, Schleiz 18.--, Singen 9.50, Spekt 35.20, Spandau 7.15, Staßfurt 2.--, Straßburg 22.--, Varel 40.10, Wegefac 3.90, Weidner 9.60, Wiesbaden 94.45, Wilhelmshaven 12.50, Wieden 3.50, Witten 10.--, Worms 18.--.

G. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingeführte Mitgliedsliste Nr. 71.)
Bericht des Hauptkassierers vom 15. bis 21. Februar 1903.
Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgefandt an Dellmuth-Düsseldorf M. 150.--, Krüsel-Nordhausen 50.--, Kettler-Dortmund 200.--, Raegel-Berlin S 400.--, Schneck-Pforzheim 50.--, Bauer-Cassel 100.--, Kuhn-Marktsruhe in Baden 50.--.

Krankengelder erhielten Wchn. 18126, C. Bauch in Delmenhorst M. 12.90; Wchn. 14999 C. Geib in Singen in Baden 12.90; Wchn. 10562 D. Nisch in Schliersee in Bayern 12.90; Wchn. 17319 B. Hüskstädt in Franzburg 23.65; Wchn. 5226 Ch. Zehender in Hochlarmarkt 12.90, Wchn. 5222 F. Schäfer in Emden 12.90; Wchn. 8966 H. Corbes in Weidburg in Hannover 12.90; Wchn. 10494 F. Preuß in Deutsch-Witfen 25.80; Wchn. 19181 H. Fischer in Neu-Weidell 12.90; Wchn. 6666 Ch. Carstens in Bonn M. 9.50.

J. G. Bulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Anzeigen.

Ein tüchtiger Lackierer

gesucht. Wagenlackierer bevorzugt. Angebote unter No. 881 b an Haasenstein & Vogler, N.-O., Lübeck.

Wiesbaden und Umgegend.

Sonntag, 1. März 1903,
Viertes Stiftungs-Fest
im Germaniaaal, Blatterstr. 100.
Für Befestigungen aller Art ist bestens Sorge getragen.
Eintritt 40 Pfennig, eine Dame frei.
Anfang 4 Uhr.
Parten sind bei allen Vorstandsmittgliedern sowie von der Vergütungs-Kommission zu haben.
M 440] Das Komitee.

Neu! Es erschien im Selbstverlage:

Neue Holz- und Marmormalereien
zum Selbstunterricht nach eig. Originalmethode.
1. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur M 20.--; 2. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur M 22.--
Hamburger Holz- und Marmor-Schule von Fr. Webershausen, Hamburg, Lindenstraße 19.

Soeben erschien: Spezialkatalog über

Dekorative Malerei und Flächenverzierung
155 Quartseiten mit 75 Abbildungen und 4 Kunstbeilagen. Preis 60 Pfg.
Bruno Hessling, G. m. b. H. Spezialbuchhandlung f. d. Kunstgewerbe Berlin SW. 11, Anhaltstr. 16/17.

Filiale Kiel.

Vom 1. März ab befindet sich unser Vereinslokal in den „Central-Hallen“, Alte Reihe 4-8.
Dortselbst finden Sonntagabends die Zahlabende von 8-10 Uhr, und jeden zweiten Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat die regelmäßigen Mitgliederversammlungen statt. Arbeitsnachweis dort täglich von 8 1/2 bis 9 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr.
M 5.20] Der Vorstand.

Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc. Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfache Technik gelegt. Tagesunterricht vom 15. October bis 15. März, per Semester 150 Mark. In unserer Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkant worden. Prospekte der Malerschule gratis und franko.
Berlin SW., Gitschinerstraße 94 a.
Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen und Entwürfe.

Carl Lange & Co., Berlin SW., Gitschinerstraße 94 a.

Achtung Kollegen!
Von dem zum zweiten Male für die Mitglieder der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands herausgegebenen

Maler-Kalender für 1903

sind noch Exemplare vorrätig. Der Preis des Kalenders beträgt pro Exemplar 50 Pfg. und 10 Pfg. Porto bei Einzelbezug. Bei Partiebezug von 10 Exemplaren wird den Verwaltungen der Filialen das Stück zu 45 Pfg. berechnet, so dass 5 Pfg. für die Einkassierung verbleiben

Achtung! Winterarbeit!

Für jeden Maler ist es leicht, unbedingt ähnliche **grosse Porträts** mit Hilfe meiner **Photogr. Vergrößerungen auf Ia. Zeichenpapier** nach j. Photographie herzustellen. Preise wie folgt:
35/45 = 1.50 Mk. Kreideausführung 4.-- Mk.
45/55 = 2.-- „ „ „ „ 5.--
55/65 = 2.50 „ „ „ „ 6.--
Verlangen Sie Prospekte gratis.

Aquarellen, Pastell, Oelmalerie.

Porto u. Packung 50 Pfg. Schnellste Lieferung.
Franz Fischer, Kunstanstalt, Berlin SO 16, Michaelkirchstrasse 39.

Kittel für Maler aus bestem Messel. - Nur eigenes Fabrikat!

Auf der Schulter zu tragen:	
Oberweite 88 bis 104 cm	110 125 135 cm lang
per Stück	Mart 1.90 2.-- 2.25
Oberweite 100 bis 116 cm	2.10 2.25 2.50
Vorru zum Schließen mit Umlegebogen:	
Oberweite 88 bis 102 cm	110 125 135 cm lang
per Stück	Mart 2.70 2.90 3.15
Oberweite 104 bis 116 cm	2.80 3.-- 3.25

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 10 b, I.

Grosses Fremdenlogis

für alle Gewerkschaften und Reisende
Restaurant H. Stramm
Berlin S., Ritterstr. 123.
Verkehrslokal der Kollegen der Filiale Berlin I.
Reichhaltiger Frühstück, Mittags- und Abendessen nach Auswahl bei billigsten Preisen.
Gewerkschaften, Vereinen und Krankenkassen stehen 2 Vereinszimmer (20 und 60 Personen) zur Verfügung.
Bestes franz. Billard 40 Pfg. pro Stunde.
Für gute und reelle Bedienung ist gesorgt.

Malerschule
von Wilh. Schüle, Hamburg 15.

Restaurant „Sondermann“

Hamburg-St. Georg, Stiftstr. 52.
Verkehrslokal der Vereinigung der Maler.
Zahlstelle der Zentralkranken-Kasse.
Bürgerlicher Mittagstisch von 12-2 Uhr und Abends von 6-8 Uhr.

Soeben erschien: ABC des Dekorationsmalers.

Herausgegeben von C. Behrens, Maler und Lehrer an der I. Handwerker-Schule zu Berlin.
15 Seiten Text (Folio) mit 25 Abbildungen und 6 Kupferstücken und vignetten, 20 Vorlagetafeln, davon 12 in originalgetreuer Dreifarbenendruck, Format 28x39 cm.
Preis in Mappe M 20.--
Auf Wunsch gewähre ich monatliche Ratenabzahlungen à 5 M.
Otto Baumgärtel, Verlag für Kunstgewerbe und Architektur, Berlin W 9, Köthenerstr. 39.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 8 des Korrespondenzblattes für die Revollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich Hr. Max, Hamburg, Schmalenbederstr. 17.
Verlag von G. Wentker, Hamburg 22.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vereins-Anzeiger“ Nr. 9 vom 27. Februar 1903.

Statistik über Arbeitslosigkeit und Krankheit in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1902

von Mitgliedern der

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Name der Filiale	Zahl der Befragten	Berufstätig	Ledig	Zahl der Arbeitslosen	Zahl der Arbeitslosen-Tag	Prozentzahl d. Arbeitslosen-Tag	Zahl der Unfreiwillig Beschäftigten	Zahl der Kranken	Krankheits-Tag	Prozentzahl der Krankheits-Tag	Name der Filiale	Zahl der Befragten	Berufstätig	Ledig	Zahl der Arbeitslosen	Zahl der Arbeitslosen-Tag	Prozentzahl d. Arbeitslosen-Tag	Zahl der Unfreiwillig Beschäftigten	Zahl der Kranken	Krankheits-Tag	Prozentzahl der Krankheits-Tag		
1. Altenburg	47	29	18	30	1256	26,7	4	264	13	280	6,0	91. Sferlohn	10	4	6	6	358	35,0	—	—	—	—	
2. Altona	137	64	73	115	7315	51,2	11	428	18	465	3,5	92. Kamenz	5	1	4	5	382	76,4	—	—	—	—	
3. Augsburg	10	1	9	9	626	62,6	1	150	—	—	—	93. Parkstraße	35	9	26	24	1444	41,2	2	126	1	48	9,6
4. Merschleben	19	7	12	15	868	46,7	—	—	2	96	5,0	94. Kiel	272	103	169	181	6158	23,0	5	139	63	1708	6,2
5. Baden-Baden	14	7	7	8	345	24,6	—	—	—	—	—	95. Pönitz	27	1	26	16	1334	22,5	2	255	3	218	8,0
6. Barmen	42	6	36	30	1751	41,7	—	—	7	262	6,0	96. Königsberg i. Pr.	27	15	12	25	2612	49,4	2	54	2	7	0,2
7. Baunzen	13	4	9	13	881	67,7	1	24	2	9	0,7	97. Laub	8	—	8	8	—	—	—	—	—	—	—
8. Bergedorf	37	6	31	32	1436	38,8	2	75	6	136	3,6	98. Langen	19	10	9	12	582	30,6	5	162	8	221	11,6
9. Bernburg	15	6	9	12	622	41,4	1	48	2	47	3,1	99. Landsberg	2	—	—	2	143	71,5	—	—	—	—	—
10. Berlin	379	188	191	295	18960	50,0	19	1031	75	2847	7,5	100. Langensfelde	30	18	12	22	1704	56,8	20	1467	2	12	0,4
11. Berlin (Lackierer)	94	69	35	40	1909	20,3	1	16	16	397	4,2	101. Leipzig	221	122	99	179	10043	45,3	8	416	41	909	4,1
12. Bielefeld	33	4	29	15	877	26,5	1	48	1	66	2,0	102. Linden	33	19	14	17	838	16,2	—	—	—	—	—
13. Biersfeld	26	21	5	24	1777	68,3	2	38	4	60	2,3	103. St. Lichterfelde	14	6	8	11	291	20,7	—	—	—	—	—
14. Bielefeld	15	5	10	2	36	2,4	18	854	4	252	16,1	104. Ludwigshafen	39	17	22	15	776	19,7	5	216	11	234	6,2
15. Bochum	8	3	5	8	405	50,6	—	—	1	24	3,0	105. Lübeck	67	36	31	52	3616	54,0	5	367	8	136	2,0
16. Brandenburg	27	15	12	16	469	17,3	3	263	11	427	15,8	106. Lüneburg	33	11	22	20	982	30,0	1	36	8	382	11,5
17. Braunschweig	107	51	56	67	4444	40,9	3	66	16	576	5,4	107. Magdeburg	141	68	73	99	5906	42,6	11	467	34	963	6,7
18. Bremen	285	128	157	206	11515	43,2	16	987	32	767	2,6	108. Mainz	256	183	73	154	6650	25,1	64	3020	52	1588	6,6
19. Bremerhaven	59	24	35	28	1760	30,0	11	1243	11	234	4,0	109. Mannheim	76	21	55	47	2764	36,3	8	380	12	269	3,5
20. Breslau	163	90	73	106	5991	36,7	13	595	25	589	3,6	110. Memel	6	4	2	6	514	85,6	1	18	3	26	4,3
21. Cannstatt	39	11	28	28	665	17,0	6	137	6	257	6,5	111. Merano	50	25	25	25	1545	30,9	10	713	9	173	3,4
22. Cassel	44	13	31	27	956	21,7	5	389	5	120	2,7	112. Meissen	14	6	8	12	760	53,1	1	14	1	10	0,7
23. Celle	3	1	2	3	116	38,6	1	30	—	—	—	113. Minden	15	3	12	12	410	27,4	—	—	—	—	—
24. Colberg	3	3	—	3	257	85,6	—	—	—	—	—	114. Mittweida	12	6	6	10	272	22,6	—	—	—	—	—
25. Coburg	11	7	4	6	436	39,6	4	277	2	42	3,8	115. Neuselbitz	10	5	5	9	197	19,7	—	—	—	—	—
26. Coburg	27	11	16	17	436	16,1	1	126	4	142	5,6	116. Mühlhausen i. Th.	20	9	11	3	203	10,1	—	—	—	—	—
27. Cottbus	40	13	27	30	1244	31,4	7	290	4	352	8,7	117. Mügeln	10	7	3	8	444	44,4	—	—	—	—	—
28. Eöln	95	37	58	55	2594	27,3	2	168	17	560	5,8	118. Müschen	106	26	80	85	6067	56,6	5	321	23	614	5,7
29. Eöthen	19	10	9	11	527	27,7	—	—	—	—	—	119. München (Bach.)	17	8	9	14	1026	60,3	1	14	7	136	8,0
30. Erfeld	44	19	25	22	825	18,7	2	184	9	342	7,7	120. Naumburg	21	11	10	10	475	22,6	1	144	4	38	1,8
31. Erihaden	12	3	9	8	305	25,4	—	—	2	114	9,5	121. Neisse	14	1	13	9	504	36,0	1	36	—	—	—
32. Charlottenburg	100	67	33	81	4047	40,4	3	78	29	1307	13,0	122. Neigsdorf	22	15	7	7	282	12,8	1	108	4	162	7,3
33. Chemnitz	95	53	42	49	2626	28,4	15	1084	9	350	3,6	123. Neustadt a. S.	19	10	9	16	846	44,5	1	43	5	74	3,9
34. Chemnitz	16	6	10	10	629	39,2	1	89	4	29	1,8	124. Neumünster	27	17	10	23	1335	49,4	2	108	4	108	4,0
35. Danzig	123	67	56	100	6567	53,4	10	278	15	367	3,0	125. Nordhausen	27	22	5	22	992	36,7	—	—	—	—	—
36. Darmstadt	149	95	54	109	1452	9,8	50	3489	11	297	2,0	126. Norawes	51	27	24	37	1570	30,7	3	410	15	548	10,7
37. Detmold	18	—	18	8	262	14,5	5	211	1	78	4,2	127. Nürnberg	66	12	54	50	2990	44,2	5	182	13	449	6,8
38. Deub.	36	20	16	15	319	8,8	—	—	5	126	5,3	128. Nürnberg (Bach.)	36	24	12	13	279	7,7	4	290	3	180	5,0
39. Dessau	7	4	3	2	72	10,2	—	—	—	—	—	129. Oldenburg	38	13	25	18	992	26,1	—	—	—	—	—
40. Dortmund	65	8	57	53	3014	46,0	1	96	19	821	12,6	130. Offenbach a. M.	20	15	5	11	723	36,1	2	84	3	99	4,9
41. Dohheim	127	96	31	60	1836	11,4	44	2758	15	255	1,7	131. Opeln	6	4	2	6	191	31,3	2	77	3	17	2,8
42. Döbeln	9	5	4	2	36	4,0	—	—	3	42	4,6	132. Osabrück	23	6	17	8	317	13,7	—	—	—	—	—
43. Dresden	288	150	138	66	15176	52,6	33	1831	48	2160	9,4	133. Otterode	4	—	4	3	89	9,7	—	—	—	—	—
44. Dresden (Bachier.)	45	30	15	12	296	6,5	1	74	—	—	—	134. Paderborn	22	5	17	17	958	43,5	1	21	4	105	4,7
45. Düren	14	6	8	8	243	17,3	1	4	3	66	4,7	135. Ravensburg	12	2	10	9	626	52,1	—	—	—	—	—
46. Düsseldorf	55	11	44	34	1304	23,8	1	52	3	71	1,3	136. Reichenbach	8	3	5	4	211	23,8	1	120	3	72	9,0
47. Düsseldorf	59	37	22	49	420	7,1	20	1282	7	330	5,7	137. Regensburg	86	41	45	56	5008	58,0	—	—	—	—	—
48. Eberwalde	18	3	15	18	1135	63,0	3	290	3	87	3,8	138. Reja	10	2	8	7	231	23,1	—	—	—	—	—
49. Eberfeld	23	9	14	16	975	42,3	2	96	7	156	6,7	139. Riedorf	93	57	36	78	3931	36,7	5	205	22	385	4,1
50. Ehrenfeld	31	22	9	8	387	12,5	5	128	7	170	5,4	140. Rohrd.	32	11	21	28	1996	62,3	2	158	8	319	9,9
51. Effenach	20	8	12	14	549	21,7	—	—	5	56	2,8	141. Rodolstadt	6	2	4	5	334	55,6	—	—	—	—	—
52. Erfurt	61	28	33	50	2520	41,3	3	85	8	193	3,1	142. Saarbrücken	12	5	7	7	690	12,5	—	—	—	—	—
53. Effen	31	5	26	17	808	26,0	2	68	7	148	4,7	143. Sagen	15	—	15	11	649	43,2	—	—	—	—	—
54. Schwege	26	18	10	16	838	32,2	5	366	2	56	2,1	144. Singen	29	2	27	24	1398	43,2	1	92	7	98	3,4
55. Hensburg	35	9	26	28	1812	41,7	2	180	8	228	6,4	145. Sonnenberg b. M.	33	23	10	15	411	17,8	12	389	2	82	4,8
56. Frankfurt	5	3	2	4	426	85,2	—	—	—	—	—	146. Sonneberg S. M.	10	7	3	7	406	40,6	1	8	—	—	—
57. Frankfurt a. M.	619	308	311	337	16296	26,3	103	6568	103	3682	5,9	147. Solingen	37	9	28	27	1193	32,2	2	120	2	23	0,6
58. Frauenstein	21	9	12	12	500	23,8	6	327	—	—	—	148. Schlewig	11	5	6	10	474	43,0	—	—	—	—	—
59. Frankenthal	2	1	1	1	136	68,0	—	—	—	—	—	149. Schloßstein	26	10	16	12	390	15,0	2	60	—	—	—
60. Freiberg i. Br.	48	9	39	34	1804	37,5	1	24	—	—	—	150. Schönebeck	19	14	5	7	230	12,1	2	188	3	21	1,1
61. Freiberg	3	2	1	3	332	110,6	—	—	—	—	—	151. Schöwerin	7	1	6	7	369	52,7	—	—	—	—	—
62. Friedrichberg	22	9	13	11	499	22,7	11	1073	5	60	2,7	152. Stajfurt	17	3	14	15	927	54,5	3	266	3	64	4,7
63. Friedrichroda	19	15	4	18	1170	61,5	4	258	—	—	—	153. Stettin	134</										

Mit der vorliegenden Statistik, die fünften, die von unserer Vereinigung veranlaßt wurde, hat der Vorstand dem Beschluß der Würzburger Generalversammlung Rechnung getragen. Der damalige Wunsch war, die Statistik über Monate vor der Generalversammlung zu veröffentlichen, konnte nicht erfüllt werden. Es lag dies jedoch nicht an den Bearbeiter derselben, sondern an den Filialen, welche mit dem Einsenden des Materials zu faumfellig waren. Bekanntlich war am 1. Juli 1902 der Termin der Erhebung, die den Zeitraum vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902 umspannte, abgeschlossen, aber noch Mitte Oktober waren 45 Filialen im Rückstande. Da dem Vorstande vor allem daran lag, die Statistik so weit wie möglich zu vervollständigen, kam es durch solche unliebsamen Verzögerungen dahin, daß erst im November die Ausarbeitung in Angriff genommen werden konnte. Über 20 Filialen hatten trotzdem die Fragebogen noch nicht eingeleistet.

Die sich als praktisch bewährten Fragebogen, welche in das Mitgliedsbuch einzufügen waren, sind beibehalten worden, nur in Bezug auf die Zeit der Erhebung trat, um Irrtümer zu vermeiden, eine Veränderung ein, indem nicht mehr, wie in früheren Jahren, das laufende Jahr von Januar bis Ende Dezember als Erhebungszeit bestimmt wurde, sondern diese vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902 festgesetzt war. Selbstverständlich bezieht sich die vorliegende Statistik nur auf organisierte Kollegen.

Die Zahl der sich an der Statistik beteiligten Kollegen betrug 8592 aus 179 Städten. Bei einem Mitgliederbestand von durchschnittlich 13 000, also rund 66 pZt. Das Resultat hätte aber ein noch besseres sein können, wenn überall von den Filialen und Zahlstellen der Bedeutung dieser Erhebungen mehr Sorgfalt gewidmet und ständig den Hilfsstellern eingepreßt worden wäre, beim Eintreten der Beitragsmarken Kontrolle zu üben, ob auch von dem einzelnen Mitgliede regelmäßig Woche für Woche die Ausfüllung der Rubriken auf dem statistischen Fragebogen innegehalten wird. Besonders findet hinsichtlich bei ähnlichen statistischen Aufnahmen dieser Hinweis allgemein die nötige Beachtung.

Die früheren Zählungen in Betracht gezogen, erhalten wir folgendes Bild:

Jahr	Städte	Mitglieder	Befragte	Prozent der Befragten
1890:	78	2414	1736	72,3
1896:	82	4481	1227	27,5
1897:	111	5134	4430	86,4
1899:	158	9571	6340	66,2
1901/02	179	13000	8592	66

Diese Zahlen sind zugleich ein treffender Beweis von der ständig zunehmenden inneren Festigkeit und Geschlossenheit unserer Vereinigung und zeugen von dem wachsenden Vertrauen, das in immer stärkerem Maße von unserer Kollegenschaft der Organisation entgegengebracht wird.

Die Zunahme verheirateter Kollegen, welche wir zum ersten Male bei der vorhergehenden Erhebung konstatieren konnten, ist ebenfalls bei der vorliegenden Statistik prozentual stabil geblieben, wie aus der Gegenüberstellung beider Zählungen zu entnehmen:

Jahr	1899	1901/02
verheiratet	2980	3360
lebendig	4046	4546

Die Ansicht so mancher Kollegen also, daß der Prozentsatz der Lebigen den der Verheirateten weit übersteige, ist nicht mehr richtig, im Verhältnis zu der großen Zahl der Lebigen ist der Prozentsatz ein verschwindend kleiner. Das Ueberwiegen der verheirateten Kollegen in den größten Städten ist sehr erfreulich; wir ersehen dies genauer in der Tabelle der ersten Seite und nennen von den Städten nur Berlin, Breslau, Charlottenburg, Chemnitz, Danzig, Darmstadt, Dresden, Hamburg, Leipzig, Mainz, Niedorf, Wiesbaden usw.

Vergleichen wir mit dem vorliegenden Ergebnis die früheren Resultate, so finden wir, daß sämtliche bisherigen Erhebungen ergaben, mit welcher erschreckend aufstrebenden Arbeitslosigkeit wir jahraus jahrein in unserm Berufe bekümmert zu rechnen haben. So betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen:

Jahr	1890	1896	1897	1899	1901/02
Arbeitslos	80%	72%	76%	75%	72%

Im Durchschnitt kamen auf jeden Befragten arbeitslose Tage:

Jahr	1890	1896	1897	1899	1901/02
Arbeitslose Tage	47%	50%	43%	25,4%	37,06%

Gegenüber 1899 ist zwar die Zahl der Arbeitslosigkeitfälle eine niedrigere als bei der diesmaligen Statistik, dafür ist die Dauer der Arbeitslosigkeit der einzelnen Fälle eine bedeutend intensivere, wie aus der Tabelle über die Zahl der Fälle zu ersehen. 1899 kamen auf 9093 Fälle 101 076 arbeitslose Tage, 1901/02 dagegen auf 6301 Fälle 31 845 3 arbeitslose Tage. Waren wir auch infolge der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur auf eine größere Arbeitslosigkeit vorbereitet, so hatten wir auf eine solche rapide Steigerung doch nicht gerechnet. Unter allen Umständen ermahnt dies Ergebnis zur größten Vorsicht, mag man auch der Einführung der Arbeitslosenunterstützung noch so sympathisch gegenüberstehen.

Von Arbeitslosigkeit betroffen wurden sämtliche Befragte in 16 Orten und zwar in Bauen, Celle, Colberg, Gerswalde, Freiberg, Guben, Hof, Schm. Hall, Ramenz, Lahr, Landsberg, Memel, Doppel, Schwerin, Wölflitz und Zeulenroda. Es ist also nicht an dem, wie manche Kollegen behaupten, daß die kleineren Städte weniger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hätten als Großstädte; die Erfahrung bestätigt uns, daß in Mittel- und Kleinstädten die Arbeitslosigkeit nicht selten eine außerordentlich andauernde ist, wobei oft alle Kollegen betroffen werden, wie auch aus obigem zu entnehmen. Viele Kollegen sehen sich deshalb gezwungen, wenn sie nicht auf Wanderschaft gehen können, anderwärts Arbeit aufzusuchen. Aus der vorliegenden Statistik ersehen wir, was wohl zu beachten ist, daß 821 Kollegen 51 994 Tage außer Beruf beschäftigt waren, durchschnittl. 63,3 Tage der Einzelne. In Berlin ist der Prozentsatz der Arbeitslosen gegen 1899 um ein geringes zurückgegangen, weist aber immer noch 50 pZt. auf, dagegen ist in Hamburg eine ziemlich Verschlechterung eingetreten, indem der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit von 46,51 auf 59,7 gefallen ist. Gerade dies Resultat ist als ein wichtiges anzusehen, da in Hamburg ein großer Teil der Kollegenschaft zur Organisation gehört und mit Hilfe einer gut funktionierenden Hauskassierung eine monatliche statistische Aufnahme fließend durchgeführt wird.

Die höchsten Prozentsätze der Arbeitslosigkeit weisen auf: Freiberg 110,6, Colberg und Memel 85,6 und Jork 85,2 (1899 war 75,3 der höchste Prozentsatz in Bromberg). Es folgen Wölflitz mit 77,4, Ramenz 76,4, Schm. Hall 74, Wurzen 71,6, Guben und Landsberg mit 71,2, Bierstadt 68,3, Franthal 68, Bauen 67,7, Pürth 65,5, Straßfurt 64,9, Gerswalde 63, Gölitz 62,9, Magdeburg 62,6, Rosta 62,3, Friedr.roda und Werda mit 61,5, Hamburg 59,7, Regensburg 58, München, Pirna und Wismar 56,3, Rudolstadt 55,6, Worms 54,6, Staßfurt 54,5, Harburg und Ueb. 54, Danzig 53,4, Meissen 53,1, Dresden 52,6, Heilbronn 52,5, Ravensburg und Zeulenroda 52,1, Wlona 51,2, Stettin 50,7, Bochum und Halle 50,6 und Berlin mit 50 pZt.

Unser Einzelmitglieder, die meistens in kleinen Orten wohnen, können ebenfalls ein Lied von der Arbeitslosigkeit erzählen, denn im Durchschnitt war jeder der Befragten 55,3 Tage arbeitslos, dagegen entfielen auf jeden Befragten nur 2,3 Krankheitstage.

In der weiteren Reihenfolge kommen: Königsberg und Neumünster mit 49,4, Siegen 48,2, Pforzheim 48,1, Wehrle 46,7, Dortmund 46, Hannover 45,9, Leipzig 45,3, Heidelberg und Hof 45, Neustadt 44,5, Mügeln 44,4, Nürnberg und Babel 44,2, Queblinsburg 43,5, Bremen und Singen 43,2, Guben und Schlezwig 43, Magdeburg 42,6, Eberfeld 42,2, Bamern und Plötzburg 41,7, Bernburg 41,4, Erfurt 41,3, Karlsruhe 41,2, Braunschweig 40,9, Sonneberg 40,6, Charlottenburg 40,4, Nienau und Zwickau mit je 40 pZt.

Colmar 39,6, Crimmitschau 39,2, Bergedorf 38,8, Celle 38,6, Gelsenkirchen 38,2, Stuttgart 37,8, Freiburg 37,5, Straßburg 37,3, Breslau, Nordhausen und Nitzborf 36,7, Mannheim 36,3, Offenbach 36,1, Reife 36, Wilhelmshaven 35,3, Verlohn 35, Posen 34,9, Halberstadt 34,6, Glauchau 33,2, Schwegen, Solingen und Spanbau 32,2, Dppeln 31,8, Colibus 31,4, Meerane 30,9, Rowawes 30,7, Langen 30,6, Lüneburg und Bremerhaven 30 pZt.

Die wenigsten Arbeitslosentage weisen auf, mit Ausnahme von München II (hier wurde ebenfalls die Dauer des Streiks mit einbezogen), die Filialen der Lädierer oder die Städte, in welchen die Kollegen hauptsächlich in Fabriken arbeiten, wie Deutz 8,8, Döbeln 4, Dresden II 6,5, Ehrenfeld 12,5, Göttingen 11,2, Hamburg II 8,4, Nürnberg 7,7, Betschau 2,2 und Zeitz 4,7. Weiter würden hierzu diejenigen Filialen zu rechnen sein, in welchen im Winter regelmäßig ein großer Teil Kollegen außer Beruf beschäftigt ist, wie die Tüncher und Weißbinder in Weidenstadt, Darmstadt, Dohheim, Eberstadt, Frankfurt a. M., Frauenstein, Hanau, Mainz, Sonneberg, Wibel und Wiesbaden.

Das Gesamtergebnis der Hauptabelle ergibt sich kurz aus folgender Zusammenfassung:

13 Städte	550 Befragte	mit 2,2—10 Arbeitslosentagen
26	709	10,1—20
33	2105	20,3—29,5
30	1232	30—39,6
31	1578	40—49,4
23	2105	50—59,7
12	197	61,5—68,3
10	65	über 70

(Jahr mit 8 Befragten und 43 Einzelmitglieder sind nicht mit eingerechnet.)

Aus der nachfolgenden Tabelle ist in übersichtlicher Weise die Summe der Arbeitslosen- und Krankheitstage im Laufe der Zählperiode in Wochen und Monaten zu entnehmen.

Monat	Summe der Arbeitslosentage in der Woche	Summe der Arbeitslosentage im Monat	Summe der Krankheitstage in der Woche	Summe der Krankheitstage im Monat
1901				
Juli	27	1298	115	
	28	1401	144	
	29	1206	145	
	30	987	152	556
August . . .	31	886	110	
	32	1225	123	
	33	1258	129	
	34	1030	129	491
September	35	1134	90	
	36	1079	78	
	37	1201	93	
	38	1254	108	
	39	1235	88	457
Oktober . . .	40	2315	79	
	41	3187	84	
	42	4726	119	
	43	5459	126	407
November . .	44	7457	130	
	45	8738	134	
	46	10579	132	
	47	11083	170	566
Dezember . . .	48	12534	174	
	49	13173	170	
	50	14266	186	
	51	16141	197	
	52	18210	167	894
1902				
Januar	1	20039	209	
	2	19308	203	
	3	18941	219	
	4	16362	215	846
Februar . . .	5	15615	167	
	6	15201	175	
	7	13614	171	
	8	11832	179	692
März	9	8774	167	
	10	6831	150	
	11	4873	118	
	12	3589	104	
	13	3188	92	681
April	14	2144	85	
	15	1738	87	
	16	1261	116	
	17	880	133	421
Mai	18	844	128	
	19	1072	155	
	20	1547	208	
	21	1508	151	642
Juni	22	1331	128	
	23	1277	132	
	24	1299	144	
	25	1348	143	
	26	1225	116	663

Obige Zusammenstellungen zeigen uns, welchen immensen Schwankungen auf Arbeitslosigkeit unser Beruf unterworfen ist. Nur 4 Wochen im Laufe des Jahres war die Summe der Arbeitslosentage unter 1000 und zwar in der letzten April- und Juli- und in der ersten Mai- und Augustwoche. Dann folgen

4 Wochen	mit 1030—1200 Arbeitslosentagen
13	1201—1400
4	1401—1700

Von der 40. Woche ab, also vom Oktober an, kann Woche für Woche das ungeheure Anschwellen der Arbeitslosigkeit beobachtet werden und zwar volle 14 Wochen hindurch bis zur ersten Januarwoche, wo dieselbe mit 20 039 Tagen ihren Höhepunkt erreicht. Von hierab beginnt fast in

der gleichen arithmetischen Regelmäßigkeit 13 Wochen lang das allmähliche Fallen der Arbeitslosentage.

Die wenigsten Arbeitslosentage wies nach dieser Tabelle auf der Monat

August	mit 4399 Tagen, dann folgen
Juli	4892 "
Mai	5021 "
Sept.	5903 "
April	6023 "
Juni	6480 "

32 718 Tage

Oktober	mit 15 687 Tagen
---------	------------------

März	27 355 "
November	37 857 "
Februar	56 262 "
Januar	74 250 "
Dezember	74 324 "

285 735 Tage

Vergleicht man in dieser Tabelle die Summe der Arbeitslosentage mit der der Krankheitstage, so findet man, daß sich die höchsten Steigungen der Krankheitsstage fast in denselben Monaten wie der Arbeitslosigkeit zeigen. Die niedrigste Summe der Krankheitstage war im

Oktober	mit 407 Tagen, dann folgen
---------	----------------------------

April	421 "
-------	-------

September	457 "
-----------	-------

August	491 "
--------	-------

Juli	556 "
------	-------

November	568 "
----------	-------

März	631 "
------	-------

Mai	642 "
-----	-------

Juni	663 "
------	-------

Februar	692 "
---------	-------

Januar	846 "
--------	-------

Dezember	894 "
----------	-------

Der gegenseitige Unterschied ist jedoch ein ganz ungeheurer. Betrug von den 8592 Befragten die Zahl der arbeitslosen Kollegen 6215 oder 72 pZt. mit 318 453 arbeitslosen Tagen, so war die Zahl der Kranken 1450 oder 17 pZt. mit 7286 Krankheitstagen. Fast 4½ mal soviel Kollegen waren arbeitslos als krank und über 43 mal überstieg die Summe der Arbeitslosentage die der Krankheitsstage. Im Durchschnitt kamen auf jeden Befragten nur 0,84 Krankheitsstage.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Fälle ergibt sich deutlich aus den folgenden Zahlenreihen:

Fälle	mit	1 Tage	57
-------	-----	--------	----

	2	108
--	---	-----

	3	261
--	---	-----

	4	784
--	---	-----

	5	705
--	---	-----

	6	1704
--	---	------

	7	189
--	---	-----

	8	248
--	---	-----

	9	463
--	---	-----

	10	620
--	----	-----

	11	374
--	----	-----

	12	3523
--	----	------

	13	326
--	----	-----

	14	560
--	----	-----

	15	435
--	----	-----

	16	672
--	----	-----

	17	402
--	----	-----

	18	5598
--	----	------

	19	337
--	----	-----

	20	860
--	----	-----

	21	525
--	----	-----

	22	707
--	----	-----

	23	851
--	----	-----

	24	6048
--	----	------

	25	500
--	----	-----

	26	988
--	----	-----

	27	567
--	----	-----

	28	930
--	----	-----

	29	493
--	----	-----

	30	7530
--	----	------

	31	713
--	----	-----

	32	1056
--	----	------

	33	1188
--	----	------

	34	630
--	----	-----

	35	600
--	----	-----

	36	6444
--	----	------

	37	838
--	----	-----

	38	912
--	----	-----

	39	858
--	----	-----

	40	840
--	----	-----

	41	615
--	----	-----

Table with 4 columns: Fälle mit (Cases with), Tagen (Days), 83, 1660. Rows list days from 20 to 1 and corresponding case counts.

Table with 4 columns: 1-6 Tage (Days), Fälle (Cases), 3619, Arbeitslosentage (Days of unemployment). Rows list ranges from 1-6 to 204-234.

Aus Kollegentreifen wurde in „Eingefandts“ bedauernd hervorgehoben, daß vom Vorstand die Stellungnahme zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

Wenn sich manche Kollegen auf andere Berufe stützen, die schon seit längerer Zeit die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, so können wir uns mit unserem Saisongewerbe in keiner Weise in diesem Falle an die Handhabung anderer Gewerkschaften halten.

Resultat der Arbeitslosen-Statistik vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902.

Summary table with 4 main columns: Zahl der Befragten (8592), Zahl der Arbeitslosen (6215), Anzahl der Organisationen (2721), and others.

Gesamtsumme der Arbeitslosentage 318 453, Durchschnitt per Befragten 37,06 Tage. 72 Prozent der Befragten waren arbeitslos, wahren nur 17 Prozent erkrankten.

Vorschläge zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

Es ist erfreulich zu beobachten, wie das Problem der Arbeitslosenunterstützung von allen Gewerkschaften in den Vordergrund der Diskussion gestellt und immer mehr zur praktischen Einführung gelangt.

Mit der Arbeitslosigkeit setzt auch in den meisten Fällen Not und Entbehrung ein. Die vorhandene Habe wandert ins Leihhaus, er fällt schließlich der Armenverwaltung zur Last.

Es ist schon sehr viel von Gegnern dieser Einrichtungen behauptet worden, daß dadurch die Aktionsfähigkeit gebremst würde, die Gewerkschaften würden zu Unterklassenklassen degradieren.

lich die vielen verschiedenen Stimmchen zu einem prächtigen Mosaik zusammenzufügen. — Die Annahme, daß die Kranken- und Heilunterstützung in unserem Verufe eine vorzüglichste Unterlage zur Kostenberechnung der eventuellen Arbeits-

Die Mittel und Wege zur Einführung brauchen wir nicht erst zu suchen. Als Vorbedingungen sind zu nennen, und das wird auch der „Angebotspunkt der Negation“ bleiben:

Es sei ferne von uns, die vorliegende Statistik als ein endgültig maßgebende zu bezeichnen, zweifelsohne stellt sie aber einen erneuten Fortschritt vor, den wir auf dem Gebiete der Arbeitslosen-zählung bisher gemacht haben.

Resultat der Arbeitslosen-Statistik vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902.

Summary table with 4 main columns: Zahl der Befragten (8592), Zahl der Arbeitslosen (6215), Anzahl der Organisationen (2721), and others.

Gesamtsumme der Arbeitslosentage 318 453, Durchschnitt per Befragten 37,06 Tage. 72 Prozent der Befragten waren arbeitslos, wahren nur 17 Prozent erkrankten.

schließen, daß sie nicht der Vernichtung preisgegeben werden und somit der Arbeiterbewegung erhalten bleiben.

Die Gewerkschaften haben lediglich nur materielle Fragen zu lösen; wir finden keine Idealenischen für unsere Organisation; die Arbeiter sind egoisten, wie andre Menschen auch;

Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht nur ein Mittel, unsere arbeitslosen Kollegen durch Gewährung einer Unterstützung über Wasser zu halten, sondern sie ist auch zu gleicher Zeit ein vorzügliches Kampfmittel zur Vorbeugung der Lohnrückerei durch Arbeitslose.

Die Arbeitslosenunterstützung kommt also nicht nur den arbeitslosen Kollegen zu Gute, sondern auch denjenigen, welche ständig in Arbeit stehen, denn auch sie bekommen erfahrungsgemäß von Seiten der Unternehmer die schlechten Zeiten oft recht hart zu fühlen.

Die Arbeitslosenunterstützung ist also auch auf diesem Gebiete ein Mittel, durch welches die Lohn- und Arbeitsbedingungen allmählich verbessert werden können und so die geleisteten Beiträge sich vielfach verzinsen würden.

Jeber Kollege, der diese Tabelle studiert, bedarf keines weiteren Kommentars hierzu, denn allein 882 Fälle von 100 bis 234 Tagen Arbeitslosigkeit mit insgesamt 142 534 Tagen,

Eine auffallende Regelmäßigkeit läßt sich bei der Zahlenreihe der Tage ersehen, alle aufeinanderfolgende 6 Tage, und zwar bis zu 150 Tagen, steigt rapid die Zahl der Fälle und die Zahl der Arbeitslosentage.

Die Zahl der einzelnen Fälle und der Arbeitslosentage bis zu 15 Wochen oder 90 Tagen übersichtlich geordnet, ersehen wir aus folgender Zusammenstellung:

Den besten Beweis liefern uns diejenigen Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenunterstützung schon seit Jahren zu ihren Einrichtungen zählten und nicht nur die bestorganisierten, sondern auch die bestbezahlten Lohnarbeiter sind. Als Beweis seien hier angeführt:

Es waren im Jahre 1901 organisiert: Buchdrucker 72,06 Prozent, Bildhauer 73,63, Kupferschmiede 54,24, Hand Schuhmacher 51,50, Steinleger 45,34, Glaser 41,47, Lithographen und Steindrucker 36, Tapezierer 35,44, Töpfer 32,05 und die Maler an 27. Stelle mit 18,83 pZt. Trotzdem ist unsere Organisation seit dem Jahre 1898 von 13,12 pZt. auf 18,83 Prozent gestiegen, was wohl zum größten Teil auf die Einführung der Krankenunterstützung zurückzuführen ist.

Bisher haben wir die Erfahrung gemacht, daß fast bei jedem Streit ein erheblicher Teil der Mitglieder, welche vorher gewonnen waren, wieder verloren ging. Warum? Weil die Betroffenen mit dem Erreichen zufrieden waren und ihnen weiter nichts geboten wird, was sie an die Organisation fesselt. Vor allen Dingen sind es die an der Scholle gebundenen verheirateten Kollegen, welche oft den Einwand machen, daß für sie die Organisation keinen Zweck habe, sondern nur für die jüngeren Kollegen, weil dieselben Reiseunterstützung erhalten.

Die Reiseunterstützung ist Arbeitslosenunterstützung an diejenigen Mitglieder, welche den Ort wechseln können; aber warum sollen denn diejenigen Mitglieder, welche am Orte gebunden sind, nicht auch den Vorteil genießen, haben sie doch die gleichen Pflichten? Das Sterbegeld kann nicht als Ausgleich betrachtet werden. Es gilt, nicht nur Unterstützungs zweige einzuführen, welche als Zugmittel dienen, wie z. B. Mietszuschuß etc., die weniger Beiträge erfordern und keine großen Ausgaben verursachen, sondern Unter stützun gen, die unsern Kollegen in wirklichen Zeiten der Not zu gute kommen, erst kommt der Magen, bevor der Hausvater kommt, und eine solche Unterstützung ist die Arbeitslosenunterstützung. Unsere Kollegen müssen eben fühlen, daß die Vereinigung der Maler usw. überall hinter ihnen steht, erst dann wird sie ihnen als ein Stück ihrer Existenz ans Herz gewachsen sein.

Als ein Beispiel, wie die Unterstüzung die Mitglieder an die Organisation fesselt, sei hier nochmals die Bildhauerorganisation erwähnt. Für diese Organisation gesellte sich neben dem Niedergang der geschäftlichen Konjunktur die moderne Sitirichtung, welche die Zahl der Arbeitslosen gewaltig vermehrte und die Kasse in ungeahnter Weise belastete. Es wurde im Jahre 1901 (pro Kopf der Mitglieder berechnet) 19,72 M. ausbezahlt. Dieses hatte zur Folge, daß einer Ausgabe von 36,44 M. nur eine Einnahme von 29,07 M. gegenüberstand. Es mußten demgemäß die Beiträge erhöht und die Leistungen herabgesetzt werden, und trotzdem hat sich der Zentralverein der Bildhauer in dieser schweren Zeit glänzend bewährt.

Die Buchdrucker hatten eine Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf und Mitglied von 16,59 M., die Hand Schuhmacher 20,60 M., die Zigarrenfabriker 10,75 M. und die Kupferschmiede 7,04 M. Auch die letzten beiden Gewerkschaften haben diese hohen Ausgaben ungeschwächt über wunden.

Auf dem Gebiete der Statistik ist die Arbeitslosenunterstützung von großer Bedeutung. Durch die genauen Aufzeichnungen und regelmäßigen Zusammenstellungen würde es ermöglicht, fortlaufend von der jeweiligen Marktlage unterrichtet zu sein. Auch in bezug auf die Arbeitsnachweise würde dieselbe nicht ohne Einfluß sein.

Vor allen Dingen würde unsere Vereinigung eine stabilere werden und der bisherige Launencharakter würde sich mehr zu einem ständigen Wohnsitz der Mitglieder umgestalten, so daß der Prozentfuß der Wiederabgetretenen von 64 bedeutend herabgemindert würde.

Es muß konstatiert werden, daß sich in den verfloffenen Jahren auch bei uns die Meinungen zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung durchgerungen haben. Wurde im Jahre 1894 in der Generalversammlung zu Nordhausen das Unterstützungs wesen als ein Uebelbleisel der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine hingestellt und auf dem Gewerkschaftsting 1896 zu Berlin von unserer Seite energisch dagegen opponiert, indem durch eine Resolution diejenigen Gewerkschaften, welche schon Arbeitslosenunterstützung zahlten, aufgefordert wurden, dieselbe allmählich wieder abzuschaffen, so war schon ein Jahr darauf, 1897, die Generalversammlung in Cassel anderer Meinung geworden. Es wurde beschlossen, Material zu sammeln. Auf der Generalversammlung in Mainz 1898 war die Stimmung für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung schon so günstig, daß die Ablehnung nur gegen zwei Stimmen erfolgte, und in Würzburg beschloß man dieselbe im Prinzip.

Nun könnte man zu der Ansicht neigen, daß in der nächsten Generalversammlung in Berlin die Arbeitslosenunterstützung zur Einführung gelangen müßte, denn das bisherige Material dürfte wohl auch in Zukunft nicht viel besser werden.

Nach der Tagesordnung der bevorstehenden Generalversammlung und nach der fast peinlichen Passivität von oben herab, sowie nach unserm Sprachrohr zu urteilen, scheint keine Stimmung vorhanden zu sein. Hoffentlich will man nicht warten, bis der Staat sich dazu bequemt, denn dann könnten wir die brennende Frage jedenfalls der zukünftigen Generation überlassen; aber auch selbst dann würde die Unterstützung so gering ausfallen, daß die Gewerkschaften als Zuschußklassen unentbehrlich sein würden.

Der Haupteinwand besteht nun hauptsächlich darin, daß man für den dazu nötigen Beitrag zurückschreckt. Es ist eben in dieser Beziehung im allgemeinen noch zu wenig zur Aufklärung gelang, dieses könnte aber sehr leicht nachgeholt werden, denn die Nützlichkeit, Vorteile und Zweckmäßigkeit liegen so nahe, daß es nur eine kleine Minderheit sein könnte, welche solches nicht zu erfassen vermögen. Die Frage, ob unsere Kollegen in der Lage sind, den Beitrag aufzubringen, muß entschieden bejaht werden aus dem einfachen Grunde, weil das Geld den Kollegen wieder zu gute kommt und zudem ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, dazu beizutragen, daß diejenigen Berufskollegen, welche unerschulbeter Weise in Not geraten, unterstützt werden; zu dem beruhigteren Gefühl derjenigen, welche ständig Arbeit haben, keine arbeitslosen Kollegen nicht ganz dem Hunger preisgegeben zu wissen, kommt noch, daß sich der ganze Beruf hebt würde.

Die Filiale I Hannover hat fast mit voller Einstimmigkeit (nur gegen 3 Stimmen) den Antrag gestellt, die Arbeitslosenunterstützung nach folgender Grundlage einzuführen:

1. Der Wochenbeitrag beträgt 40 Wochen lang 65 M.
- Die 12 Winterwochen sind beitragsfrei.
2. Die Unterstützung wird nach sechsständiger Arbeitslosigkeit vom 1. Oktober bis 1. März für die Dauer von ins gesamt 36 Tagen nach folgender Tabelle gewährt: Bei 1jähr. Mitgliedsch. 1.-M pro Tag oder 6.-M pro Woche

2 "	1.09 " "	6.50 " "
3 "	1.17 " "	7.- " "
4 "	1.25 " "	7.50 " "
5 "	1.34 " "	8.- " "

Mitglieder, welche den Höchstbetrag der Unterstützung erhalten haben, können erst nach Verlauf eines Jahres wieder Anspruch auf Unterstützung erheben.

Diesem Antrag ist die Berechnung der statistischen Erhebung am Orte unter Wegfall der Kranken- und Reiseunterstützung zugrunde gelegt. Da nun aber die Arbeitslosigkeit hier am Orte unter der Wucht der wirtschaftlichen Krise eine sehr große war, wie aus der Statistik deutlich hervorgeht, so würden wir mit dieser Berechnung vollkommen ausreichen.

Selbstverständlich müssen, um dieses Problem vollständig zu lösen, Rechte und Pflichten allmählich erweitert werden, so daß die Unterstützung für das ganze Jahr und die Dauer auf mindestens 60 Tage erweitert werden und den Höchstbetrag vielleicht bei 10jähriger Mitgliedschaft auf 10 M. wöchentlich erhöht würde und demgemäß natürlich auch der Beitrag gesenkt werden müßte. Aber das sei nur nebenbei bemerkt.

In der Hauptsache sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine sehr notwendige ist und nicht mehr länger hinausgeschoben werden darf. Was die Mitglieder der hiesigen Filiale, deren Einkommen ein sehr mittelmäßiges ist, leisten können, vermögen auch die übrigen Mitglieder zu leisten.

Den Vorschlag, die Krankenunterstützung fallen zu lassen, ist nur des Betrages wegen in Rücksicht auf die Gesamtheit und zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung gemacht. Die Wirkung dieser Unterstützung soll durchaus nicht verkant werden, und sollte die Generalversammlung sich entschließen, dieselbe beizubehalten, so würde noch ein Beitrag von 20 M. pro Woche in den 12 Winterwochen nötig sein.

Vor allen Dingen ist bringen zu wünschen, daß die nächste Generalversammlung den bisher so gefährlichen Sprung ohne Gefahr und zum Nutzen unserer Organisation ausführen möge, an Beifall unsrerseits soll es nicht fehlen.
H a n n o v e r. D s w a l b S c h u b e r t.

Die Frage der Arbeitslosenunterstützung ist bereits seit Bestehen unserer Vereinigung erwoogen und diskutiert. Wie notwendig die Einführung dieser Unterstützung ist, wird heute mit wenig Ausnahmen von allen Seiten anerkannt. Die Arbeitslosenunterstützung ist für uns neben dem humanitären Erfolg ganz besonders eine Zweckmäßigkeitsfrage. Dadurch, daß den infolge der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, die in wilder Profitgier alle humanen Rücksichten negiert, in Verbindung mit unserm im Winter flauen Saisongewerbe, aus der Arbeit Geworfenen eine Unterstützung zuteil wird, ist es möglich, ihn über Wasser und für die Organisation kampfbereit zu erhalten, während sonst der Betroffene dem Elend, der Not und vielleicht gar dem Verbrennen preisgegeben wird und damit in den meisten Fällen für den Verband und den Klassentampf verloren geht. Ja, gerade im Interesse des letzteren ist die Arbeitslosenunterstützung durchaus notwendig. Man kann dieselbe als die vornehmste aller Unterstützungszweige bezeichnen. Der alte Leberhüter, daß mit der Einführung von Unterstützungen und speziell der Arbeitslosenunterstützung der Charakter des Klassentampfes verwischt werde, zieht nicht mehr, seitdem durch die Wucht der entgegenstehenden Tatsachen das Gegenteil bewiesen ist.

Und wozu ein unübertroffenes Agitationsmittel bietet die Arbeitslosenunterstützung? Eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahl derjenigen Gewerkschaften mit Arbeitslosenunterstützung und jener ohne dieselbe zeigt recht deutlich ein Ueberwachen der ersteren über die letzteren. Erstere weisen prozentual eine Mitgliederzahl um das dreis- bis sechsfache entgegen den letzteren auf. Auch die Entwicklung unserer Vereinigung ist ein klassisches Beispiel für den Einfluß der Unterstützungs zweiseige auf den Mitgliederstand. Erst nach der Mainzer Generalversammlung 1898, wo die Reiseunterstützung festgelegt und die Krankenunterstützung eingeführt ist, hat die früher überaus große Fluktuation der Mitglieder abgenommen und ist die Zahl derselben stetig gewachsen.

Diese Tatsachen sollten uns ganz besonders zu denken geben. Treffen wir erst die Einrichtungen, infolge deren wir die große Masse für den Organisationsgedanken zu gewinnen imstande sind, und wir werden dieselben auch zu klassenbewußten Kämpfern erziehen!

Haben wir aber eingesehen, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung notwendig und zweckmäßig sowohl im Interesse der Mitglieder als auch besonders im Interesse des Verbandes ist, so müssen wir auch Mittel und Wege zur Durchführbarkeit finden. Zu diesem Zweck ist zunächst eine Statistik über Umfang und Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in unserm Berufe zu führen, um danach die Höhe der Unterstützung im Verhältnis zur Höhe der Beitragsleistung festsetzen zu können. Oder anders ausgedrückt: wie hoch muß mindestens die Unterstützung pro Tag sein und auf wie lange Zeit muß sie ausgedehnt werden, wenn sie für die Kollegen und damit für die Vereinigung selbst wirklich einen Wert haben soll, und wie hoch muß dementsprechend der Beitrag sein?

Die statistischen Aufnahmen, die in unserm Berufe vom Jahre 1890 bis zum Jahre 1900 gemacht, sind folgende:

1890 bei 1736 Befragten	80 %	arbeitslos
1896 "	1227 "	72 "
1897 "	4440 "	76 "
1899 "	6340 "	75 "

Nach sowohl in Mainz 1898, wie Zabler in Würzburg berechneten nun auf Grund dieser nackten, unzureichenden Zahlen, wie sie selbst zugeben mußten, daß bei der geringsten Normierung der Unterstützung, die zu fordern sei, die Beiträge auf 85 M. bis 1 M. pro Woche zu erhöhen seien. Daß die Delegierten einen solchen Sprung in der Erhöhung der Beiträge nicht verantworten wollten, in der Meinung, damit den Verband an den Ruin zu bringen, ist selbstverständlich. Ich bin nun nicht der Meinung, daß 1 M. pro Woche Beitrag zu hoch ist, auch nicht, daß derselbe wenigstens in den Sommermonaten nicht von den Kollegen erschwingen werden könnte, im Gegenteil sehe ich auf dem Standpunkt, daß, wenn der Verband den Anforderungen, die an ihn gestellt werden müssen, gerecht werden will, wenn er den Mitgliedern in jeder Lebenslage eine Stütze und Anhalt sein soll, um dem Meisterstück gegenüber ein ausgiebiger Machtfaktor zu werden, dann ist 1 M. Beitrag pro Woche das wenigste, was gezahlt werden muß. Wir sehen auch hier, daß die Gewerkschaften mit den höchsten Beiträgen prozentual den höchsten und stabilsten Mitgliederbestand haben gegenüber denjenigen mit niedrigen Beiträgen. Der Grund hierfür ist klar. Klassen, in die man erhebliche Geldbeiträge gesteuert und von denen man beimzufolge in mäßiger Lage handgreiflichen Nutzen zu erwarten hat, bleibt der einzelne auf alle Fälle treu, während derselbe bei niedrigen Beiträgen nur zu leicht abfällt. Er hat keinen materiellen Vorteil zu erwarten und soll nur immer zahlen, auch wenn es nur wenige Groschen sind. Darum der Walfall. Aber leider ist die Masse der Kollegenschaft in der Er-

kennnis noch nicht so weit vorgeschritten, und wir haben damit zu rechnen.

Deshalb aber ist nicht gesagt, daß nur die Arbeitslosenunterstützung nicht einzuführen sei, im Gegenteil. Zunächst ist zu konstatieren, daß die angeführte Statistik mangelhaft und unzuverlässig ist. Den Zahlen ist als Gegenstück die Arbeitslosenanzahl der Reichsregierung vom Dezember 1895 entgegenzustellen, wonach in unserm Berufe nur 25 pZt. Arbeitslose ermittelt wurden. Eine genaue Statistik ist überhaupt sehr schwer zu führen. Ich mache daraus aufmerksam, daß im Jahre 1898 zu Mainz die Statistik, die der Kollege Kolb zwecks Einführung der Krankenunterstützung, die ja damals gewissermaßen als Abschlagszahlung auf die gefallene Arbeitslosenunterstützung dienen sollte, vorlegte, sich in den Jahren als vollständig falsch herausgestellt hat. Kolb sagte, daß bei einer Durchschnittserkrankung von 30 pZt. und einem Zuschuß von 70 M. pro Person auf 25 Tage eine Ausgabe von 31 500 Mark entstände. In Wirklichkeit ist aber für Krankenunterstützung bei einer Durchschnittserkrankung von 87 M. pro Tag auf durchschnittlich 50 Tage ausbezahlt:

1900:	14 162,37 M
1901:	18 119,90 "
1902:	20 706,58 "

Also bedeutend weniger als Kolb annahm, trotz dem höheren Unterstützungsfuß und trotz dem niedergehenden Geschäftszugange in diesen Jahren.

Die Reiseunterstützung des weiteren hat uns gekostet:

1900:	3394,77 M
1901:	5262,21 "
1902:	5577,17 "

Und die dritte Unterstützung, die wir haben und in dem Bereich der Arbeitslosenunterstützung gehört, die Gemäßigtenunterstützung, hat erfordert:

1900:	1373.- M
1901:	1833,75 "
1902:	2519,35 "

Das macht, die drei Unterstützungszweige für jedes Jahr zusammengelegt, eine Gesamtausgabe von:

1900:	18 930,14 M
1901:	25 215,86 "
1902:	28 803,10 "

oder pro Mitglied im Jahr:

1900:	1,73 M
1901:	2,12 "
1902:	2,01 "

Zieht man weiter in Betracht, daß beispielsweise im Winter 1899/1900 nur 327 Kollegen die Reiseunterstützung in Anspruch genommen haben oder gleich 3 pZt. und die Krankenunterstützung, in Summa 14 162 M., vielleicht auf mir ist die Zahl nicht bekannt — 10 pZt. der Mitglieder sich verteilt hat, so erscheint es mir unverständlich, wie man in Würzburg auf nackte, unkontrollierbare Zahlen der Fragebogen hin eine Summe von 97 887 M. herausrechnen konnte, welche die Arbeitslosenunterstützung verschlingen werde.

Meines Erachtens sind die drei genannten Unterstützungszweige, hauptsächlich die Kranken- und Reiseunterstützung, eine vorzügliche Unterlage für eine Kostenberechnung zur Arbeitslosenunterstützung.

Man geht wohl nicht zu weit, wenn man annimmt, daß die Krankenunterstützung, die sich auf das ganze Jahr erstreckt, mit der Höchstbelastung von 70 M. pro Person, im Verein mit der Reiseunterstützung, fast dasselbe kostet, als eine Arbeitslosenunterstützung treffen würde. Denn es ist doch ein offenes Geheimnis, daß die Krankenkassen auch zugleich Arbeitslosenkassen sind *en miniature*. Das Belastungskonto der Reiseunterstützung würde ja allerdings ein höheres werden, da dem einzelnen Reisenden bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung natürlich ziemlich dieselbe Summe ausbezahlt werden müßte, als dem Geschäftsmann, dem Verzeileren. Die Arbeitslosenunterstützung würde zunächst sich auf die Monate Dezember, Januar und Februar erstrecken. Die Krankenunterstützung ist aufzuheben und die Reiseunterstützung wird organisiert. Ich veranschlage die Arbeitslosenunterstützung nach dem ungefähren Schema, wie es Zabler für die Auszahlung in Würzburg aufgestellt hat, bei einem Höchstbezug von 75 M. in einem Winter pro Mitglied, auf ca. 30- bis höchstens 40 000 M. pro Jahr.

Um diese Summe aufzubringen und für außergewöhnlich ungünstige Jahre einen Fonds zu haben, wäre folgender Beitrag zu erheben: In den 30 Sommerwochen pro Woche 50 M., in den 22 Winterwochen (vom 1. November bis 1. April) 20 M. pro Woche. Das ist pro Mitglied und Jahr 19 400 M. oder 5,60 M. mehr pro Jahr, als der jetzige Beitrag beträgt.

Zu wünschen wäre gewesen, wenn der Vorstand das statistische Material, welches er gemäß der Würzburger General-Versammlung sammeln sollte, veröffentlicht hätte, um danach in Kollegienkreisen, im Verein mit andern Zahlen, nach Vergleich der gefundenen Resultate, vielleicht eine genauere Berechnung aufstellen zu können. Aber auch ohne dieses Material ist die Arbeitslosenunterstützung auf alle Fälle realisierbar!

Litteratur.

In dem Verlage von E. Haberland in Leipzig, N., Grufstraße 4/6 erscheint jetzt: "First Step to English Conversation", Sprachübungen für Anfänger im Anschluß an die Vorkäufe des Tages, erläutert durch ideographische Zeichen von E. M. Torcu de Marne, 32 Seiten 8, Preis brosch. 1 M. Der Gedanke, bestimmte Begriffe mit Hilfe von Bildern festzuhalten, ist bereits von Laroüffe, Berlin u. A. zur Ausföhrung gebracht worden. Während bisher aber immer nur Begriffe oder Namen von Gegenständen nachgerufen wurden, geben die ideographischen Zeichen (Biquetten) von E. de Marne den Begriff einer Handlung, einer durch das Verbum ausgedrückten Tätigkeit an. Das in der Zeichnung dargestellte Verbum kehrt in der Frage und Antwort wieder. Das Buch bringt eine englische Lauttabelle nach Professor Victor und eine ausführliche Tabelle der englischen Lautwerte. Besonders möchten wir aber lobend hervorheben, daß für die Selbsterlerner die englische Aussprache in der Lautschrift Association phonétique internationale beigeigt ist, die seit Jahren in der Gelehrtenwelt unbestritten als beste anerkannt ist und jetzt auch allmählich in weiteren Kreisen zur verbindlichen Geltung gelangt. Durch diese Lautschrift wird bei der Schwierigkeit und Streitigkeit der englischen Aussprache der Wert des Buches wesentlich erhöht. — Mit der englischen Schrift zugleich mit Benützung derselben Biquetten eine fran z ö s i s c h e Ausgabe unter dem Titel: "Premier Pas vers langue universelle. Preis brosch. ebenfalls 1 M.

Bekels Broschüre "Unsere Ziele" ist soeben in erster Auflage in der Buchhandlung Bornworts, Berlin 68, erschienen. Der Preis dieser empfehlenswerten, trefflich geschriebenen Agitationschrift ist 30 M.